

Contents:

Unsere Ziele.

Von

August Bebel.

Eine Streitschrift gegen die „Demokratische Correspondenz".

Separat-Abdruck aus dem „Volksstaat", Organ der social-demokratischen Arbeiterpartei.

Leipzig 1870.

Druck von F. Thiele.

Der Vortrag, den ich am 20. November in der Liederhalle zu Stuttgart über die soziale Frage gehalten habe, hat der „Demokratischen Korrespondenz“ Veranlassung gegeben zu drei Artikeln, in denen sie die Frage der „Staatshülfe“ erörtert und eine Reihe Bedenken gegen deren Ausführung aufstellt. Sie bedauert vor allen Dingen, daß ich, statt diese Frage gründlich zu erörtern, statt auf die Art der Ausführung mich einzulassen, mich damit begnügt habe, in allgemeinen Redewendungen dieselbe nur anzudeuten.

Dieses Verfahren meinerseits war natürlich. Ich sprach vor einem Publikum, das über die heutigen gesellschaftlichen Zustände eine von den Anschauungen der Sozial-Demokratie abweichende Meinung hatte, das in der Mehrzahl wohl gar der Meinung war, daß die von uns aufgestellten Grundsätze willkürliche, jeder vernünftigen Basis entbehrende seien. Es ergab sich also von selbst daraus für mich die Nothwendigkeit, klar und scharf nachzuweisen, daß unsere heutigen gesellschaftlichen Zustände selbst das Produkt eines langen geschichtlichen Entwicklungsprozesses sind, daß die Existenz und Erwerbsverhältnisse früher wesentlich von den heutigen verschieden waren, daß es also Thorheit ist, zu behaupten und zu glauben, die heutigen sozialen Zustände seien in ihrer Grundlage unabänderlich. Ich gab also zu diesem Zwecke zunächst eine historische Schilderung der Entwicklung der gesellschaftlichen Einrichtungen und wies nach, wie nach und nach die heutigen modernen Zustände entstanden sind. Daraus ergab sich wiederum von selbst eine Beleuchtung der Folgen, welche sich naturgemäß und unausbleiblich aus unserer modernen Gesellschaftsentwicklung ergeben. Das Resultat war folgendes:

Der Feudalstaat und die während seiner Existenz aufkeimende kleinbürgerliche Produktion (das Kleingewerbe) gingen, als sie ihren Höhepunkt erreicht, in den modernen Staat und die kapitalistische Produktionsweise über. Mit anderen Worten, an Stelle des Kleinbetriebs, der für Zustände ausreichte, wo es galt, nur das nächste tägliche Bedürfniß zu befriedigen, trat der Großbetrieb (die Massenproduktion) durch Manufaktur und Maschinerie, welcher die Bedürfnisse des Weltmarktes zu befriedigen hat. Die Ausdehnung der modernen Industrie vernichtet die kleinen selbstständigen Existenzen, die stets zunehmende Konzentrirung des Kapitals erhöht das Erforderniß, großes Kapital zu besitzen, um als selbstständiger Unternehmer in den Wettkampf der Industrie eintreten zu können. Dadurch wird die Zahl Derjenigen, welche dieses Erforderniß zu erfüllen im Stande sind, eine stets kleinere. Weiter: Die Konkurrenz des Kapitals unter sich zwingt den Kapitalisten, der auf einem Gebiete der Industrie nicht mehr konkurrenzfähig ist, ein anderes Gebiet industrieller Thätigkeit, das noch wenig oder

gar nicht ausgebeutet ist, in das Gebiet der kapitalistischen Produktion hereinzuziehen. Dadurch wird ein Arbeitsgebiet nach dem andern in den Kreis der modernen Industrie hereingezogen, die bisher auf demselben selbstständigen kleinen Existenzen vernichtet und in die Reihe der Lohnarbeiter geschleudert. Die nothwendige Folge eines solchen Gesellschaftszustandes ist die Beseitigung aller Mittelklassen und Theilung der Gesellschaft in zwei von einander scharf getrennte, in der Zahl und materiellen Stellung sehr verschiedene Klassen. Die eine Klasse, die mit der stets fortschreitenden modernen Entwicklung kleiner werdende, ist die Unternehmerklasse, die größere und sich stets vergrößernde, zuletzt die ungeheure Mehrheit umschließende zweite Klasse ist die Arbeiterklasse. Demgemäß handelt also die sogenannte Mittelklasse — der Kleinbürger- und Bauernstand — in ihrem eigenen Interesse, wenn sie sich der eigentlichen Lohnarbeiterklasse anschließt, denn diese unterscheidet sich von der sogenannten Mittelklasse wesentlich nur dadurch, daß sie sich bereits faktisch in Verhältnissen befindet, die letzterer erst, aber sicher, harren. Ich führte weiter aus: die ganze Kapitalbildung beruht nur darauf, daß die Arbeitskraft nicht als alleiniger Wertherzeuger, sondern als Waare, wie jede andere Waare in der Gesellschaft von heute angesehen wird, demgemäß ist die Arbeitskraft den Gesetzen des Waarenmarktes unterworfen, durch Angebot und Nachfrage regulirt sich ihr Preis und sie erhält darnach nicht den ganzen von ihr erzeugten Werth, den Arbeitsertrag, sondern nur einen Theil desselben, den Lohn. Die Differenz zwischen dem Lohn und dem wirklich erzeugten Werth fließt in die Tasche des Unternehmers und krystallisirt sich in dessen Tasche zu Kapital. Der Unternehmer bildet also nicht aus dem Ertrag seiner eignen Arbeit, sondern nur dadurch, daß er fremde Arbeitskraft aufkauft und den Mehrwerth, den diese Arbeitskraft erzeugt, in seine Tasche steckt, das Kapital.

Ich muß die „Demokratische Korrespondenz" ersuchen, sich ganz besonders diese hier nur flüchtig angeführte Theorie der Kapitalbildung einzuprägen, weil ich gezwungen bin, später darauf zurückzukommen, um ihre Ausführungen von der „Naturanlage der kaufmännischen Ader", wie sie sich ausdrückt, der Behauptung, daß der Kapitalist oder Fabrikant nicht aus Vergnügen, sondern aus Zwang Kapitalist und Fabrikant werde, in ihrer ganzen Richtigkeit nachzuweisen.

Was ist nicht so ein zwangsweiser Kapitalist oder Fabrikant für ein armseliges Geschöpf gegen einen „freien" Arbeiter; gewiß, es ist Unrecht, daß das Arbeitervolk das nicht einsehen will!

Weiter führte ich aus: Da beständig durch Einführung neuer und Verbesserung vorhandener Maschinen menschliche Arbeitskraft überflüssig wird, ist in der Regel mehr Arbeitskraft vorhanden, als gebraucht wird, die natürliche Folge ist mehr ein Sinken als Steigen des Lohnes. Ersteres, das Sinken des Lohnes, wird noch dadurch befördert, daß die stets vervollkommnete Maschinerie es ermöglicht, an Stelle männlicher Arbeitskraft die weibliche, ja die Kinderarbeitskraft zu setzen. Die Concurrenz der Arbeitskräfte wird also auch hierdurch noch vermehrt und ein weiteres Sinken des Lohnes ist die natürliche Folge hiervon. Die statistischen Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse in England, Frankreich, Belgien, Deutschland ꝛc. zeigen,

in welchem Maße durch die oben angeführten Einrichtungen das Massenelend gestiegen, wie aber in demselben Maßstabe auch der sogenannte „Nationalreichthum" gewachsen ist. Eine scheinbar widersprechende Erscheinung, die sich aber dadurch erklärt, daß der „Nationalreichthum" nicht gleichbedeutend mit Volksreichthum, vielmehr der Nationalreichthum nur der gesteigerte Reichthum (die riesig gewachsene Profitrate) der an Zahl geringen Unternehmerklasse (jener „gezwungen" als Kaufmann und Fabrikant existirenden Klasse — um mit der „Demokratischen Korrespondenz" zu reden) ist. Gesteigerter Nationalreichthum und vermehrtes Massenelend ergänzen also und bedingen sich gegenseitig. Eine solche Entwicklung unserer Produktion hat nun, wie nachgewiesen, große Nachtheile für die große Mehrheit der Bevölkerung im Gefolge. Das kann, von einem gewissen Grad an, auch die herrschende ökonomische Richtung nicht leugnen, und da sie mit Schrecken sieht, wie innerhalb der so unterdrückten Mehrheit die Unzufriedenheit wächst und die herrschende Klasse begreift, daß diese Entwicklung eines Tages zu ihrem eignen Verderben ausschlagen könne, so sucht sie die Aufmerksamkeit der Arbeiter und der ihr nahestehenden Kleinbürger (Handwerkerklasse) durch Anwendung von allerlei kleinen Mittelchen von ihrer wahren Lage abzuziehen.

Diese unter der Firma der „Selbsthilfe" ausgebotenen und ins Leben gerufenen Heilmittel gegen die sozialen Schäden sind in ihrer materiellen Wirkung sehr zweifelhafter Natur und in jedem Falle ungenügend. Die Enthaltungstheorie, die „Sparsamkeit", die man von jener Seite predigt, klingt wie Hohn, wenn man bedenkt, daß der Arbeitslohn in der Regel nur die Höhe des Preises der in einem Volke gewohnheitsmäßig eingebürgerten nothwendigsten Lebensbedürfnisse erreicht, wobei noch zu beachten ist, daß die Tendenz unserer modernen Produktion, die Handarbeit durch den Maschinenbetrieb zu ersetzen, es naturgemäß mit sich bringt, den Lohn mehr unter als über das eben erwähnte Maß zu drücken. Unter solchen Umständen sparen, heißt die nothwendigsten Lebensbedürfnisse sich verkümmern, heißt folgerichtig die physische und geistige Kraft des Arbeiters und seiner Familie schädigen und ist — da die Gesellschaft nur durch vermehrte Konsumtion (Verbrauch von Bedürfnissen) auch die Produktion (Erzeugung von Bedürfnißgegenständen) erhöhen kann — selbst vom Standpunkt der heute herrschenden Volkswirthschaft zu verwerfen. Bedenkt man nun, daß grade diejenigen Arbeitsbranchen, welche materiell am tiefsten gesunken, bei denen Hülfe aber am nothwendigsten, absolut nicht in der Lage sind, etwas zu sparen, dann ergiebt sich die Hohlheit und Unzulänglichkeit dieser Spartheorie von selbst. Daß Einzelne, ja vielleicht sogar einzelne Arbeitsbranchen in Folge sehr günstiger Lohnverhältnisse etwas zu „sparen" im Stande sind, will ich nicht bestreiten, aber dies ist doch nur möglich auf Kosten ihres momentanen Wohlbefindens und in jedem Fall in viel zu unzureichendem Maße, um Erhebliches leisten zu können. Eine längere Krankheit, Unglücksfälle in der Familie &c. reichen hin, um sein „Erspartes" zu vernichten. Noch zu beachten ist, daß günstige Lohnsätze in einzelnen Branchen sich auf die Länge nicht halten. Günstiger Lohnsatz in einem Gewerbe zieht sowohl neue jugendliche Arbeitskraft, als auch solche, welche in andern Branchen durch

zu gedrückte Preise sich nicht halten kann, an; das Angebot von Händen steigt demgemäß, der Lohn sinkt: das ist der natürliche Lauf der Dinge unter den heutigen Verhältnissen.

Aehnlich wie mit den Spar- steht es mit den Consumvereinen. Arbeiter in kümmerlichen Verhältnissen können kaum die nöthigen Steuern für einen solchen Verein aufbringen, und treten, wie es ja oft der Fall ist, sei es durch Aenderung der Mode, politische oder geschäftliche Krisen längerer Arbeitspausen ein, so geht der Verein zu Grunde, weil er nicht im Stande ist, seinen Mitgliedern den Bedarf an Waaren zu kreditiren, da baar zu zahlen sie nicht im Stande sind. So kommt's denn, daß immer wieder nur die besser Situirten solchen Vereinen angehören, während der an allem Mangel leidende arme Teufel ihnen fern bleiben muß. Der materielle Nutzen der Consumvereine ist übrigens zugestandnermaßen sehr unbedeutend; es müßte Jemand eine sehr lange Zeit Mitglied sein, um ein Sümmchen zusammenzubringen, daß den bescheidensten Ansprüchen Rechnung trägt; Kapitalien damit aufsparen zu wollen, wie sie zur Selbstfabrikation in unserer heutigen Industrie nothwendig sind, wäre ein lächerliches Unternehmen. Zu beachten ist noch, daß wenn durch Consumvereine ein erheblicher Theil der Arbeiter seine Lebensbedürfnisse etwas billiger erlangt, dies unzweifelhaft bei dem herrschenden Lohngesetz seine Wirkung üben und der Lohn um ebensoviel sinken müßte, als der Gewinn beträgt, der materielle Vortheil würde also aufgehoben. Eine gewisse moralische Wirkung auf die Arbeiter läßt die Gründung solcher Vereine nicht verkennen, indem sie als Symptome des erwachten Klassenbewußtseins zu betrachten sind und dem Arbeiter zeigen, daß er nur in treuem Zusammenhalten etwas erlangen kann. Auch insofern als sie den Arbeiter vor dem Betrug, für theures Geld schlechte und verfälschte Waare einzutauschen, bewahren, haben sie einen Nutzen.

Vorschuß- und Rohstoffvereine sind Institute nicht für den Arbeiter, sondern nur für den kleinen Gewerbetreibenden, gegründet um ihn vor der Konkurrenz des Großkapitals und dem Kreditmangel zu schützen. Beide sind, trotz der rapiden Ausdehnung, welche namentlich die ersteren in Deutschland erlangt haben, das zu leisten nur sehr vorübergehend im Stande. Unser Kleingewerbe wird naturgemäß von der Großindustrie mehr und mehr verdrängt.

Die zum Aushalten der Konkurrenz nothwendigen Kapitalien kann der Gewerbtreibende nicht erlangen, weil er die nöthige Sicherheit zu leisten nicht im Stande ist und ohne Sicherheit der Rückzahlung kann der Vorschußverein nicht bestehen. So sind die Vorschußvereine Institute, welche, wie Lassalle sich ausdrückt, den Todeskampf des Kleingewerbes gegen die Großindustrie nur verlängern, ihn aber nicht aufhalten können. Dasselbe gilt von den Rohstoffvereinen.

Daß hiernach Produktivgenossenschaften zu gründen für die Arbeiter so gut wie unmöglich ist, liegt auf der Hand. Die bestehenden Produktivgenossenschaften bestätigen dieses Urtheil. Viele Produktivgenossenschaften sind zu Grunde gegangen, die wenigen bestehenden leiden meist an Kapital- und Kreditmangel und können sich nur erhalten, indem sie der herrschenden kapitalistischen Produktionsweise Rechnung tragen, d. h. einen Theil des erzielten Reingewinns und zwar oft den größeren

Theil an das Kapital abtreten. Die ungeheure Mehrheit der Arbeiter ist außer Stande, selbst diese Art der Produktivgenossenschaften durchzuführen.

Gleichwohl ist die genossenschaftliche Produktion das einzige Mittel, um die Gegensätze in der Gesellschaft auszugleichen. Es muß an Stelle des Arbeits**lohns**, wie er heute durch den Marktpreis der Waare „Arbeitskraft" bedingt wird, der volle Arbeits**ertrag** treten, d. h. jeder Mensch muß des vollen Ertrags dessen, was er durch geistige oder physische Kraft hervorgebracht, theilhaftig werden. Es entsteht also die Frage, **wie** die Mittel zur genossenschaftlichen Produktion zu beschaffen sind. Die sogenannte Selbsthülfe bietet, wie nachgewiesen, nicht die Möglichkeit, diese Mittel zu beschaffen, weil sie dies von Menschen verlangt, die durch die heutige Produktionsweise in Noth und Abhängigkeit gerathen sind. Es ist daher nothwendig, an Stelle der Einzelnen die **Gesellschaft** treten zu lassen und da die Gesellschaft hierfür einer bestimmten Organisation bedarf, die bereits schon jetzt, wenn auch in falscher Form vorhandene Organisation, den Staat, zu benutzen. Durch die organisirte Gesellschaft, den **Staat**, sollen die Mittel also beschafft werden. Es fragt sich nun aber, ob der Staat dazu im Stande ist, ob der Staat, der jetzt schon gar große und sehr ungerecht vertheilte Anforderungen an den Einzelnen stellt, ob dieser die Mittel dazu besitzt oder ob er sie beschaffen kann. Daß der Staat große Mittel zusammenzubringen im Stande ist, davon legen unsere Staatsbudgets und unsere **Staatsschulden** Zeugniß ab. Der Staat von heute aber wird die Mittel zur Beseitigung des Klassengegensatzes nicht beschaffen, und vor allen Dingen auch nicht beschaffen wollen, weil die **Staatsorganisation** selbst wieder nur das Produkt der Gesellschaftsform ist. Wie aber in der Gesellschaft nur bestimmte Klassen (Minoritäten) herrschen, so auch im Staate. Diese Minoritäten suchen mit Hülfe der Staatsorganisation ihr eigenstes Klasseninteresse möglichst zu wahren; bei jeder Einrichtung, die geschaffen wird, fragen sie erst, ob sie ihnen nützt; die der Gesammtheit nutzbringenden Einrichtungen werden erst dann geschaffen, wenn sie der herrschenden Klasse nicht schaden. Die Interessen der Mehrheit werden also nur soweit gefördert, als sie mit dem Interesse der herrschenden Minderheit zusammenfallen. Das zeigen uns die Einrichtungen des Feudalstaates, in dem die großen Lehensherren (später Besitzer) des Grund und Bodens, Adel und Geistlichkeit, das Regiment führten und alle Macht und Mittel des Staates zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft anwandten. Die langsam und allmählig aus dem Schooße der kleinbürgerlichen Gesellschaft des Mittelalters sich entwickelnde **Bourgeoisie** suchte, auf einer bestimmten Höhe ihrer Entwicklung angekommen, sich mit der herrschenden Grundbesitzerklasse in das Monopol der Staatsleitung, d. h. der Ausbeutung der innerhalb des Staats verkörperten Gesellschaft, zu theilen. Dies ist ihr nach und nach gelungen. In England wurde diese Absicht durch die Revolution von 1649 wesentlich gefördert, in Frankreich gelang sie vollständig durch die Revolution von 1789 und auch in Deutschland ist sie, wenn auch mehr auf sogenanntem legalen Wege (gefördert durch die Bewegungen von 1830 und 1848), durch die Errichtung des sogenannten konstitutionellen Staats, zu einer einflußreichen Macht geworden. Die Bourgeoisie hat in Frankreich, wo sie durch die Revolution

von 1789 unumschränkt herrschte, durch Einführung des Wahlcensus das Volk vom ersten politischen Recht ausgeschlossen, dasselbe hat sie in England, in Deutschland, im Verein mit den Resten der Feudalzeit (Oberhaus in England, Herrenhäuser, Reichsräthe und erste Kammern in Deutschland) durchgesetzt. Dreiklassenwahlsystem, indirekte Wahlen, Steuercensus für actives und passives Wahlrecht, Entziehung der Diäten für die Delegirten, wie im Reichstag, legen Zeugniß davon ab. Die politische Herrschaft hat man sich aber nicht aus Liebhaberei zugelegt, sondern weil man seinen Vortheil dabei gesucht und gefunden. Direkt und indirekt hat die Bourgeoisie diese Stellung ausgebeutet. Ich führe zum Beweis hierfür verschiedene Zweige unserer Staatsgesetzgebung an. Das Steuersystem (falsche Klassifizirung der direkten Steuern), das ganz und gar ungerechte System der indirekten Steuern. Das Militärsystem (einjähriger Dienst für die „Gebildeten", die Söhne der Geldleute, und dreijährige Dienstzeit für die „Ungebildeten", die Söhne des Volks). Das stehende Herr involvirt an und für sich schon eine Ungerechtigkeit, weil es die Heranziehung nur eines Theils der waffenfähigen Mannschaften bedingt; zugleich ist es das Hauptmachtmittel der Privilegirten (Fürsten, Adel, Bourgeoisie, Bureaukratie), ihre Sonderstellung im Staat aufrecht zu erhalten, und dient als Werkzeug zur Niederhaltung des offenen Ausbruchs der sozialen Gegensätze. Das Volksbildungssystem beruht ebenfalls auf dem Klassenunterschied in der Gesellschaft; die höheren Bildungsanstalten in Staat und Gemeinden absorbiren den Löwenantheil aus den öffentlichen Budgets, d. h. aus der Tasche der Gesammtheit; für die Volksschulen geschieht sehr wenig. Das bestehende sogenannte Rechtssystem ist gleichfalls auf den Klassenunterschied d. h. den Unterschied des Besitzes basirt, sichert dem Wohlhabenden weit mehr seine Gunst als dem Nichtbesitzenden. Neben diesen indirekten Vortheilen genießt die Bourgeoisie direkte Vortheile; ich erinnere an die Zinsengarantie bei Eisenbahnbauten, die Privatbanken und Aktienunternehmungen, an den Schutz der Industrie durch Prohibitivzölle (Schutzzölle), Baar-Unterstützungen, die in fast allen Staaten einzelnen Industriellen und Consortien gegen sehr billigen Zins, oft auch unverzinslich, zu Theil werden, Steuer-(Zoll-)Kredite und dergleichen mehr.

Die „Demokratische Correspondenz" wird bei Citirung dieser Ausführungen meines Vortrags einsehen, daß sie eine große Unachtsamkeit gegen meinen Vortrag und eine große Unkenntniß der bestehenden Verhältnisse bewiesen, als sie behauptete, der Staat habe der modernen Industrie keine Unterstützung gewährt. Wohl ist es wahr, daß die Industrie vielfach mit dem Staate gekämpft; das geschah, so lange der Staat noch ein mehr oder weniger patriarchalischer war, zu einer Zeit, wo ihm noch das Gewissen schlug, der wilden Exploitationssucht (Ausbeutungssucht) des Kapitals Thor und Thür zu öffnen, zu einer Zeit, wo er noch einsah, daß der Ruin von hunderttausenden von Existenzen zu Gunsten einiger Weniger eine Ungeheuerlichkeit sei. Seitdem ist der Staat einsichtig, d. h. „modern" geworden, modern durch das Kapital, das bis in die geheimsten Räume der Kabinete gedrungen, die Herrschaft über Herzen und Geldbeutel von Fürsten und Ministern sich erobert hat. Dort, wo das Kapital sich diese Stellung erkämpfte, da sucht es den Staat direkt in der angedeuteten Weise auszunutzen. Freilich kommt

es dabei immer noch zu kleinen Kämpfen, namentlich da, wo, wie bei uns in Deutschland, noch die Ueberreste der Feudalzeit ein gewichtiges Wort mit hineinzureden haben und nicht gewillt sind, die alten patriarchalischen Einrichtungen widerstandslos fallen zu lassen. Aber in ganz „modernen" Staaten, wie Belgien, Frankreich, wo Feudalelemente gar nicht vorhanden oder, wie in England, macht- und widerstandslos sind, dort also, wo die Kapitalherrschaft auch im Staate die Oberhand hat, also übermächtig geworden ist, da wird der Staat, nachdem er für die Bourgeoisie seine Schuldigkeit gethan, bei Seite geschoben. Natürlich, der Staat hat dem Kapital geholfen, die Widerstandskräfte zu beseitigen, jetzt ist das Kapital mächtig genug, allein die Oberherrschaft zu erhalten. Darum weg mit allen Schranken, die sich der „Freiheit der Arbeit", mit andern Worten dem Ausbeutungstrieb des Kapitals entgegensetzen! Wir sehen's ja auch in Deutschland. Jahrzehnte lang wurden Schutzzölle theilweise in enormer Höhe aufrecht erhalten, Industrielle auf alle Art und Weise unterstützt — ich erinnere an Borsig in Berlin, Krupp in Essen, Hartmann in Chemnitz, Cramer-Klett in Nürnberg. Nachdem die Industrie konkurrenzfähig, d. h. nachdem der Kapitalstock hinlänglich groß geworden, ein entsprechender Arbeiterstand mit allen Mitteln gezüchtet war, sucht man diese Schranken mehr und mehr zu beseitigen. Klagt nun der Arbeiter, daß er sich schlecht befinde, bei übermäßig langer Arbeitszeit niedrigen Lohn bekomme, verlangt er nach gesetzlich geregelter Arbeitszeit, dann ist die ganze Kapitalistenklasse außer sich über diese „Eingriffe" in die „geheiligten Rechte der freien Arbeit", und unsere, in bürgerlich-ökonomischen Begriffen großgewordene Demokratie, die stets nur sich um die politischen, wenig um die sozialen Interessen bekümmerte, weil letztere sie weniger berührten, giebt ihr Ja und Amen dazu. — Bis vor noch gar nicht langer Zeit bestanden in vielen deutschen Staaten sogenannte Lohntaxen, welche die Höhe der Löhne bestimmten, über die hinaus Niemand verlangen, Niemand bezahlen durfte, wollte er nicht in schwere Strafe verfallen. Die Bourgeoisie hat diese Bestimmungen abgeschafft, und mit Recht, aber nicht weil sie dieselben für ungerecht hielt, sondern weil sie ihre eigene Entwicklung hemmten. Man gab an, daß die Lohnpreise früherer Zeiten bei den gestiegenen Lebensmittelpreisen und den gänzlich veränderten Verhältnissen nicht mehr genügten. Das war richtig. Aber das war nicht der Hauptgrund. Die Bourgeoisie konnte höhere Lohnpreise zahlen als das Kleingewerbe; sie brauchte viel Arbeiterhände, da standen ihr die festen Lohnsätze im Wege. Nachdem sich unsere Produktionsverhältnisse entwickelt, ein abhängiger Arbeiterstand geschaffen ist und durch die Maschinerie mehr und mehr menschliche Arbeitskraft überflüssig wird, sorgt die Großproduktion für die Regulirung der Löhne, sie werden schon ganz von selbst nicht zu hoch. Verlangten heute die Arbeiter einen Minimallohnsatz zum Schutze gegenüber den Arbeitgebern, wie früher die Arbeitgeber einen Maximallohnsatz hatten zum Schutze gegen Ueberforderungen der Arbeiter, wie würde die Bourgeoisie schreien über Beschränkung der „Freiheit" der Arbeit. Jawohl! Freiheit für die Exploitationssucht (Ausbeutungssucht) des Kapitals und Unterdrückung jeder Einrichtung, welche die Arbeit, d. h. die Arbeiter schützt. Das ist, im Vertrauen

gesagt zur „Demokratischen Correspondenz“, ächt Manchestermännisch und stimmt ganz und gar nicht zum Nürnberger oder Eisenacher Programm, mit denen so viel geflunkert wird, wie ich später noch beweisen werde.

Doch ich kehre zur Analyse meines Vortrags zurück.

Ich habe also bewiesen, wie der heutige Staat ein Klassenstaat ist, vorzugsweise unter der Herrschaft der Bourgeoisie steht und demgemäß weder die Mittel hat, noch sie geben wird, um die genossenschaftliche Produktion durch Organisation von Produktivgenossenschaften zu unterstützen. Thäte das die Bourgeoisie, thäten das die herrschenden Klassen, sie handelten gegen ihr eigenes Interesse, sie würden in der Arbeiterklasse nicht nur einen Konkurrenten, sondern auch einen Faktor erziehen, der sie schließlich auch aus der politischen Machtstellung verdrängte. Ihr Privilegium würde aufhören, sie, die herrschende Minorität, sänke auf die Stufe der früher nichtsbedeutenden Majorität. Das wäre aber in den Augen der herrschenden Minorität Selbstmord. Daraus geht also hervor, daß die Arbeiterklasse sich die Macht erobern muß, was sie sicher kann, weil die Arbeiterklasse die große Mehrheit ist und weil ihre Losung nicht blos Freiheit, sondern auch Gleichberechtigung heißt, also die Gerechtigkeit in sich schließt. Ich will hierbei nochmals ausdrücklich bemerken, daß ich aus den schon Eingangs erwähnten Gründen nicht allein unter dieser Arbeiterklasse die Lohnarbeiter im engsten Sinne verstehe, sondern auch die Handwerker und Kleinbauern, die geistigen Arbeiter, Schriftsteller, Volksschullehrer, niedern Beamten, die, alle unter den heutigen Verhältnissen leidend, eine wenig oder gar nicht bessere Stellung haben als die Lohnarbeiter und, soweit sie sich vielleicht etwas besser stehen, wie z. B. der Handwerker- und selbstständige Bauernstand, unwiderstehlich und ohne Gnade der modernen Entwickelung zum Opfer fallen. Diese verschiedenen Klassen bilden also wirklich die ungeheure Mehrheit im Volk, und da es sich nicht um Unterdrückung der Minorität durch die Majorität handelt, sondern um Gleichberechtigung und Gleichstellung Aller, so kann also nicht von einer Klassen- oder Standesherrschaft, welche die Arbeiterklasse wolle, die Rede sein. Es ist im Gegentheil eine so vernünftige demokratische Gesellschaft, die sie erstrebt, wie sie nur je die Welt gesehen hat.

Ich habe diesen letzten Punkt ausführlich wiedergegeben, weil die „Demokratische Korrespondenz“ so etwas wie Standes- oder Klassenherrschaft wittert, und weil sie in ihren Fragen in der naivsten Weise von der Welt die Neuorganisation der Gesellschaft, welche die Sozial-Demokratie verlangt, nur als ein Flickwerk an der heutigen bürgerlichen Gesellschaft sich denken kann.

Der Staat soll also aus einem auf Klassenherrschaft beruhenden Staat in einen Volksstaat verwandelt werden, in einen Staat, in dem es keine Privilegien irgend einer Art giebt; und in diesem Staat soll alsdann die Gesammtheit mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln und Kräften die genossenschaftliche Produktion an Stelle der einzelnen Privatunternehmer treten lassen. In einem solchen Staat ist Selbsthilfe Volkshilfe, Volkshilfe Staatshilfe, Selbsthilfe und Staatshilfe also identisch, einen Gegensatz giebt es nicht. Der Volksstaat soll zunächst herbeizuführen gesucht werden durch Aufklärung der Massen über

die gesellschaftlichen und politischen Zustände, und diese Aufklärung kann wirksam betrieben werden durch Organisation (Gründung) von Parteiverbänden, Gewerkschaften ꝛc., Gründung und Verbreitung passender Zeitungen und Schriften ꝛc. Freilich muß diese Organisation international sein, denn da unsere Zustände nicht Merkmale einzelner Nationen, sondern allen Kulturvölkern eigen sind, Industrie, Handel und Verkehr, die ganze kapitalistische Produktion international organisirt ist, so können dieselben folglich auch nur in einer gleichen Organisation beseitigt werden.

Damit schloß ich meinen Vortrag. Wie dieser Volksstaat herzustellen sei, darüber ließ ich mich nicht weiter aus und will das auch hier nicht thun, aus sehr erklärlichen Gründen. Um den Volksstaat zu bekommen, dazu muß die Herrschaft der privilegirten Klassen und Personen gebrochen werden. Da meinen die Einen, das ginge auf sogenannte „gesetzliche" Weise, durch Redenhalten und Beschlüssefassen, die Anderen meinen, das müsse durch eine andere eben auch gesetzliche Weise — sie betrachten den Willen des Volkes auch als Gesetz, sogar als alleiniges und höchstes Gesetz — geschehen, die man im gewöhnlichen Leben Revolution nennt. Ueber den letzteren Weg sich weiter auszulassen, ist äußerst gefährlich, da der Wächter für die im heutigen Staat Interessirten, der Staatsanwalt, gar zu sehr geneigt ist, hineinzureden. Merkwürdig ist aber — und das kann ich nicht umhin, hier anzuführen, weil es geschichtliche Thatsachen sind, gegen die auch ein Staatsanwalt nicht aufkommen kann —, daß die verschiedenen Staats- und Gesellschaftsformationen nicht durch schöne Reden und Beschlüsse, sondern durch sehr ernste eiserne Gewalt sich ihre Existenz verschafft haben. So ist der alte Feudalstaat mit Gewaltmitteln aller Art auf Grund der vor ihm mehr kommunistisch gegliederten Familien- und Stammesorganisation der Gesellschaft begründet worden; der Feudalstaat in nicht minder energischer und rücksichtsloser Weise durch die bürgerliche Gesellschaft bekämpft und unterdrückt worden. Ja, die bürgerliche Gesellschaft ging namentlich in Frankreich, wo dieser Akt im Jahre 1789 vor sich ging, in ihrem Haß gegen den Feudalstaat so weit, daß sie nicht allein die Köpfe des Feudaladels, so weit sie derselben habhaft werden konnte, abschlug, sondern auch die Wurzeln, aus denen er seine Kraft gesogen, den Grund und Boden, ihm wegnahm und konfiszirte. Das sonst in den Augen der Bourgeoisie so geheiligte Privateigenthum griff sie also selbst an, um einen sozialen und politischen Gegner zu vernichten. Sie that es im Namen der Gerechtigkeit, im Namen des unterdrückten Volkes. Ob die Arbeiterklasse, dem Beispiel des Feudaladels und der Bourgeoisie folgend, dieselben gewaltthätigen Wege einschlagen, mit dem Einreißen der politischen Schranken auch beginnend, das Privateigenthum der Bourgeoisie konfisziren und in Gesammteigenthum verwandeln wird, um so mit einem gewaltigen Ruck über den allmählichen Prozeß der Umwandlung der Privat-Produktion in gesellschaftliche Produktion sich hinwegzuschwingen, das ist schwer zu behaupten. Der Verlauf dieser Entwickelung hängt von der Intensivität (Kraft) ab, mit der die betheiligten Kreise die Bewegung erfassen, er hängt von dem Widerstande ab, den die Bewegung an ihren Gegnern findet. Das Eine steht fest: je heftiger der Widerstand, um so gewaltthätiger die Herbeiführung des neuen Zustandes. Mit Sprengen von Rosenwasser wird die Frage auf keinen Fall gelöst.

Eben so wenig, wie ich mich über das „Wie" der Schaffung des Volksstaats ausgesprochen, eben so wenig habe ich dies über die nächste Anwendung der Gesellschafts- oder Staatshilfe gethan, denn, wohlgemerkt, diese beiden Begriffe sind für mich identisch.

Und hier komme ich auf einen Hauptdifferenzpunkt zu sprechen, der zwischen uns, der Sozial-Demokratie und der bürgerlichen Demokratie, wie sie die „Demokratische Korrespondenz" vertritt, existirt. Die bürgerliche Demokratie geht von der Ansicht aus, daß die politische Freiheit eigentlich Alles sei, was der Mensch verlangen könne, höchstens habe der Staat für eine ausreichende Bildung aller Staatsbürger zu sorgen und die Steuern so einzurichten, daß keiner ungerecht betroffen würde. Das sind drei Dinge, die wir akzeptiren, die aber nicht ausreichen. Der Staat soll allerdings — so meinen die Sozial-Demokraten — die Freiheit garantiren, aber auch darauf sehen, daß die Freiheit des Einen der Freiheit des Andern keinen Schaden bringe. Die politische Freiheit aber kann keine gleiche sein, wenn ökonomische Ungleichheit existirt. Der ökonomisch besser Gestellte wird stets einen moralischen Druck auf den schlechter Gestellten ausüben. Ist nun gar ein Abhängigkeitsverhältniß vorhanden, wie in der jetzigen Gesellschaft, ist der Arbeiter einem Brodherrn unterworfen, von dem seine Existenz abhängt, dann liegt auch auf der Hand, daß dieser Brodherr die Gewalt in den Händen hat, das politische Recht des Arbeiters zu verkümmern, es in der ihm, dem Unternehmer, gut dünkenden Weise auszubeuten. Aber ganz abgesehen davon: an einem Staat, in dem die politische Freiheit blos der Zweck ist, hat der Arbeiter wenig Interesse. Was ihn drängt und treibt, die politische Freiheit und Gleichberechtigung zu erobern, ist die Aussicht, mit ihrer Hilfe auch die ökonomische Unabhängigkeit zu gewinnen.

Was nützt ihm die bloße politische Freiheit, wenn er dabei hungert, wenn seine Lage sich nicht verbessert, er vor wie nach der vom Kapitalisten ausgebeutete Mensch ist, der sein ganzes Leben sich plagen und abrackern muß, um schließlich elend zu Grunde zu gehen? Daß aber zu einer besseren sozialen Stellung die bloße politische Freiheit ihm nicht verhilft, dafür sind schlagende Beispiele die Schweiz und Amerika, — von England und Belgien ganz zu schweigen, die ja auch in den Augen manches Demokraten Freistaaten sind, weil sie als echt konstitutionelle Musterstaaten gelten. Genügte die bloße politische Freiheit, dann dürfte die Lage der Arbeiter in der Schweiz und Amerika nichts zu wünschen übrig lassen. Wer das glaubt, irrt sehr. Die Arbeiterbewegung hat in Amerika in den letzten 3 Jahren kolossale Dimensionen angenommen, um so größere, da in Amerika als politischem Freistaate die Industrie sich riesenhaft entwickelte und ein massenhaftes Proletariat schuf, andererseits aber die politische Freiheit wieder der Arbeiterbewegung den nöthigen Spielraum ließ, sich zu entwickeln und Bahn zu brechen. Polizeiliche Bevormundungen, Knebelung der Presse, Unterdrückung der Vereine kennt man dort nicht, wie auf unserm monarchisch-militärisch organisirten europäischen Kontinent. Das Gleiche sehen wir in der Schweiz. Der einzige, aber, wie wir nicht verkennen dürfen, immerhin bedeutende Unterschied ist, daß in einem Freistaat die Bewegung sich rascher Einfluß und Geltung verschaffen kann, als in einem halbfreien oder despotisch regierten Staat. Beweis: die gesetzliche Regelung der Achtstundenarbeits-

zeit in Nord-Amerika, wenigstens für die Staatswerkstätten, und die neue Verfassung in Zürich, welche starke Keime eines sozialistischen Staatswesens enthält.

Die Sozial-Demokratie betrachtet also nicht die politische Freiheit als Zweck, sondern als Mittel zum Zweck; als Zweck betrachtet die Sozial-Demokratie die Herstellung der ökonomischen Gleichheit, also die Errichtung eines auf voller Freiheit und Gleichheit basirenden Staats- und Gesellschaftswesens. Die Freiheit hört da auf, wo sie hinübergreift in die Sphäre des Andern, d. h. wo sie durch ihre Uebergriffe die Gleichheit verletzt.

Die „Demokratische Korrespondenz" will nun wissen, wie ich mir die Herstellung dieser ökonomischen Gleichheit gedacht oder — wie sie sich ausdrückt — wie ich mir die Anwendung der Staatshilfe gedacht; wo sie beginnen, wo sie aufhören und wie sie in's Leben gerufen, organisirt werden soll?

Ich bemerke hier nochmals, daß ich mich aus zwei Gründen auf die Ausführung dieses Punktes in der Stuttgarter Versammlung nicht eingelassen habe. Erstens war es nothwendig, in den Versammlungen das heute herrschende ökonomische System nach allen Seiten hin zu beleuchten und zu kritisiren, die Haltlosigkeit und Unnatürlichkeit desselben in allen Punkten darzuthun. Daß mir dies gelungen ist, dafür ist der beste Beweis, daß in den Entgegnungen, die nachträglich von allen Seiten auf mich einstürmten, nicht eine einzige auch nur den leisesten Versuch machte, meine Kritik der bestehenden Zustände zu widerlegen, sondern daß sich alle nur an die von mir erörterte Neuorganisation der Gesellschaft anklammerten. Ferner mußte ich nicht allein das jetzige Produktionssystem selbst, sondern auch die Mittel kritisiren, die man vorgeschlagen, um seine größten Härten, die auch seine Vertheidiger nicht leugnen können, zu beseitigen. Daß mir auch dies gelungen, dafür ist ebenfalls der Beweis das gänzliche Schweigen der Gegner über diesen Punkt.

Ich mußte dies beides, um die Vorurtheile, die über System und Abhülfsmittel vorlagen, von Grund aus zu vernichten, um mir, so zu sagen, erst den Boden rein zu machen für unsere Prinzipien. Diese Kritik des Bestehenden und der mit ihr verknüpften historischen Entwicklung nahm so viel Zeit in Anspruch, daß ich für die positive Entwicklung unseres Programms wenig Zeit mehr übrig hatte. Dann hielt ich aber auch die sofortigen Ausführungen hierüber weniger für nothwendig, weil sich aus der Kritik des Bestehenden die Forderung des Zukünftigen in großen Zügen ganz von selbst ergiebt. Detailausmalung einer Sache aber, die erst in der Theorie vorhanden ist, ist insofern immer eine mißliche Aufgabe, als der Maßstab konkreter Verhältnisse abhanden kommt, der Phantasie ein weiter Spielraum gelassen wird und dadurch Meinungsdifferenzen hervorgerufen werden, die in dem Augenblick, wo es gilt, praktisch einzugreifen, ganz von selbst beigelegt werden, weil eben dann die momentanen Verhältnisse den naturgemäßen Weg vorschreiben. Wunderbar ist übrigens, daß die Gegner unsrer Prinzipien stets daran mängeln und aussetzen, daß das, was wir wollen, nicht mit Einem Male zu schaffen sei und nach dieser und jener Seite Lücken offen lasse. Warum verlangt man denn von uns die Herbeizauberung eines gewünschten Zustandes, während man uns einen mindestens Jahrhunderte langen faul

gewordenen Entwicklungsprozeß zur Wegräumung auf den Hals geladen hat? Diejenigen verrathen unbewußt eine große Schwäche, die, weil sie das Bestehende nicht vertheidigen können oder zu vertheidigen wagen, nur an den von unserer Seite vorgeschlagenen Mitteln zu mäkeln und zu mängeln haben, ihre eigene Weisheit aber, wie dem Schaden abgeholfen werden könne, hübsch für sich behalten. Wahrscheinlicher Weise nur, weil besseres Wissen ihnen abgeht.

Doch damit man mir nicht vorwerfe, ich wollte hinter allgemeinen Redensarten die eigene Rathlosigkeit verbergen, will ich der ersten Frage der „Demokratischen Correspondenz" näher treten. Dieselbe lautet: „Für wen die sogenannte Staatshilfe sein soll?"

Die Antwort hierauf habe ich schon in obigen Ausführungen gegeben. Ich verstehe eben unter der Arbeiterklasse nicht allein den Lohnarbeiter, sondern auch den Kleinhandwerker, den kleinen Bauer, und wohlgemerkt, nicht allein den „Knecht" und Tagelöhner. Der kleine Bauernstand befindet sich, wie ich weiter unten nachweisen werde, genau in derselben, ja theilweise noch schlimmeren Lage als der kleine Handwerker. Wie letzterer unter dem Druck der Großindustrie zu leiden hat, die seine Produkte für ihn mehr und mehr entwerthet, indem sie die Preise drückt, ihm andererseits die Arbeitskraft, wenn er außer seiner eigenen noch fremde braucht, vertheuert und verschlechtert: ähnlich leidet der kleine Grundbesitzer. Hohe Steuern an den Staat und hohe Zinsen für das Kapital, das er zum Ankauf eines Stückchen Landes oder zu besserer Bewirthschaftung seines Bodens geliehen hat und das die Industrie, der Papierschwindel und die Staatsschuldenwirthschaft ihm vertheuert, zehren den größten Theil der überschüssigen Produkts auf. Zurückgedrängt in der Bodenproduktion, weil er die bessere Kultur des Großgrundbesitzes mit Maschinen 2c. nicht betreiben kann, sein bischen Land auch oft nicht hinreicht, das nöthige Vieh zu füttern, um genügenden Dünger zu erhalten, den er alsdann auch noch kaufen muß, sieht er sich auf die äußersten Entbehrungen angewiesen. Ein paar Miß= oder allzureichliche Ernten ruiniren ihn vollends. Er ist gezwungen, sein Gut zu verkaufen und als Tagelöhner bei dem großen Bauer oder als Arbeiter in der Industrie sein Unterkommen zu suchen.

Nicht die geringe Kenntniß bäuerlicher Verhältnisse, wie die „Demokratische Correspondenz" meint, auch nicht das Gefühl des Egoismus, wonach der landwirthschaftliche Arbeiter dem industriellen Arbeiter nichts anginge, sondern einfach der Umstand, daß bisher das industrielle Proletariat, das intelligenter, massenweiser aufgehäuft, noch zu viel der Belehrung und Aufklärung bedurfte und alle Kräfte in Anspruch nahm, war es, was die Sozial=Demokratie veranlaßte, sich weniger mit der Lage der ländlichen Bevölkerung zu befassen. Was nützen auch alle Expektorationen über die Lage der ländlichen Arbeiter, so lange diese selbst noch gleichgültig ihre Lage hinnehmen und die Mittel der Sozial=Demokratie nicht ausreichen, die äußerst kostspielige, weil weitläufige und zerstreute Agitation unter dieselben zu tragen? Ich bin nicht wenig erstaunt, diesen Punkt gerade von der „Demokratischen Correspondenz" so warm angeregt zu finden, und wie mir scheint, mit nicht geringer Kenntniß der Lage des ländlichen Proletariats; war

sie es doch, die nicht am wenigsten dagegen eiferte, als der Baseler Kongreß sich erlaubte, seine Meinung über die Grund- und Bodenfrage abzugeben. Doch man wird mir antworten: „Nicht, daß man sich in Basel mit dieser Frage beschäftigte, sondern wie man sich damit beschäftigte, hat unser Mißfallen erregt.“ Gut! Da die „Demokratische Correspondenz“ die Noth des ländlichen Proletariats nicht nur zugegeben hat, sondern auch genau kennt, so fragt sich's also einfach, ob man diese Noth durch andere Maßregeln als sie der Baseler Kongreß vorgeschlagen hat, aufheben kann. Das wollen wir am Schluß dieser Artikel untersuchen. Ich muß ferner bemerken, daß das, was die „Demokratische Correspondenz“ an meinem Vortrag „eigen“ fand, daß ich nämlich von allen bänerlichen Verhältnissen abstrahirte, einestheils in der beschränkten Zeit zu suchen ist, die ich benutzen mußte, um dem vorzugsweise industriellen Publikum meinen Standpunkt klar zu machen; anderntheils und wesentlich aber auch darin, daß ich hoffte, einer Interpellation aus der Mitte der Versammlung betreffs der Baseler Beschlüsse zu begegnen. Daß das nicht geschah, hat Niemand mehr gewundert, als mich, das kann ich versichern. Doch es läßt sich diesem Mangel am Ende noch in diesen Ausführungen abhelfen.

Eine andere Seite der Frage, die ich nach Ansicht der „Demokratischen Correspondenz“ nicht berührt habe, betrifft die Stellung der Arbeiterinnen. Diese Frage wird mit der Frage der Stellung der männlichen Arbeitskraft ganz von selbst entschieden. Tritt durch die genossenschaftliche Arbeit an Stelle des Arbeitslohnes der Arbeitsertrag, dann hat die Frau nicht mehr nöthig, die Fabrik zu besuchen, und dem Manne Konkurrenz zu machen. Sie nimmt dann die Stelle ein, wo sie von Natur und Rechtswegen hin gehört. in die Familie, um die Kinder zu erziehen und die Häuslichkeit zu leiten. Die Nichtverheiratheten werden aus demselben Grunde während ihrer Jugendjahre, statt in der Fabrik zu sitzen und physisch und moralisch zu verkümmern, Zeit und Mittel haben, sich für ihren Beruf als künftige Hausfrauen und Mütter auszubilden und wird so das natürliche Verhältniß der Geschlechter wieder hergestellt werden. Diejenigen endlich, welche nicht heirathen wollen oder können, werden so gut wie die Männer gleichfalls den vollen Ertrag ihrer Arbeit erhalten und dadurch eine menschenwürdige Existenz haben. Die Frauenarbeit in der Industrie wird unter solchen Verhältnissen nicht zur Regel, sondern nur als Ausnahme gelten.

Der Weg, den die „Demokratische Correspondenz“ andeutet zur Lösung der Frauenarbeitsfrage (Beschäftigung in Comptoirs, Bureaus und dergleichen) ist keine Lösung, sondern eine Verschlechterung. Nicht aus Humanität, aus Menschlichkeitsgefühl, beschäftigen Staat und Bourgeoisie außer in der Fabrik die Frauen auch in den angedeuteten Stellungen, sondern aus Trieb zur Profitmacherei und aus Sparsamkeitsrücksichten. Weibliche Arbeitskraft ist billiger als männliche, das ist des Pudels Kern. Führt die weibliche Arbeitskraft ein, und ihr entwerthet die männliche; schließlich verdienen Frau und Mann zusammen, was einst der Mann allein verdiente. Mann und Frau gehen zu Grunde und die Familie selbstverständlich mit. Ja, es lebe die „Freiheit“ der Arbeit! ich wollte sagen der Ausbeutung.

Diese außerordentlichen Ausgaben betrugen für

	1874:	1875:	1876:
Reichskanzleramt	141,000 M.	292,000 M.	2,040,000 M.
Reichstag	13,000 =	20,000 =	30,000 =
Auswärtiges Amt	99,000 =	1,865,000 =	1,365,000 =
Post- u. Telegraphenverwalt.	1,452,000 =	1,377,000 =	1,462,000 =
Reichsheer	28,990,000 =	43,901,000 =	35,893,000 =
Marine	39,534,000 =	9,095,000 =	4,770,000 =
Rechnungshof	60,000 =	60,000 =	40,000 =
Eisenb.-Verwalt.	344,000 =	54,714,000 =	17,010,000 =
Subvention für die St. Gotthardt-Bahn	2,105,000 =	1,817,000 =	
Münzwesen	8,000,000 =	7,800,000 =	7,800,000 =
Reichsschuld		600,000 =	600,000 =
Gesammtausg.	80,738,000 =	121,541,000 =	71,010,000 =

Auch in dem außerordentlichen Budget spielen die Ausgaben für die militärischen Zwecke die Hauptrolle; sie belaufen sich im Jahre 1874 auf rund 68,524,000 Mark, 1875 auf 52,996,000 M., 1876 auf 40,663,000 M.

Neben den Ausgaben im außerordentlichen Budget laufen aber noch weitere Ausgaben für militärische Zwecke, welche durch Specialgesetze festgestellt wurden. Dahin gehören beispielsweise für 1876:

Mehrkosten für einen Schießplatz der Artillerie-Prüfungskommission in Berlin	765,300 M.
Mehrkosten für das Dienstgebäude des Generalstabes in Berlin	1,575,000 =
Mehrkosten einer Infanterie-Kaserne in Leipzig, statt 1,500,000 M., 2,200,000 M.	700,000 =
Mehrkosten für eine Infanterie-Kaserne in Bautzen, statt 750,000 M., 1,250,000 M.	500,000 =
im Ganzen	3,540,300 M.

Das ordentliche und außerordentliche Militär- und Marine-Budget inclusive der Invaliden-Pensionen, des Pensions-Etats und der Verzinsung der Reichsschuld beläuft sich darnach für 1876 auf die hohe Summe von

432,911,000 M.,

und beträgt also auf jeden Kopf der Bevölkerung rund 10 M. 50 Pf., auf eine Familie von 5 Köpfen 52½ Mark.

In der Wirklichkeit kommt das stehende Heerwesen das Volk noch weit theurer zu stehen.

So colossal die Summe ist, welche der Militarismus alljährlich zu erhalten kostet, was der gemeine Soldat zu seinem Lebensunterhalt erhält, ist zu wenig, um genügend existiren zu können. Die Folge ist, daß jährlich viele Millionen, sei es an Geld, sei es in der Form von Lebensmitteln, den in des Kaisers Rock gesteckten Söhnen von ihren Angehörigen zugewendet werden müssen. So werden oft die kümmerlich erdarbten Nothpfennige angegriffen, um dem Sohn oder Bruder das Leben in der Kaserne halbwegs erträglich zu machen. Auf wie viel Millionen sich diese Unterstützungen jährlich belaufen, entzieht sich genauerer Berechnung. Nehmen wir an, daß sie jährlich pro Kopf nur 45 Mark an Geld oder Geldeswerth betragen, so ergiebt dies abermals eine Summe von über 18 Mill. Mark.

Anstatt daß der junge Mann sich selbst ernährte durch Arbeit und den höheren Verdienst durch vermehrte Consumtion verausgaben könnte, muß er von der Gesammtheit erhalten werden, und sein Arbeits-Ertrag geht derselben verloren. — Der jährlich erzeugte Produktenwerth pro Kopf nur auf 1000 Mark angenommen, ergiebt bei dem jetzigen Reichsheer eine Summe von über 400 Millionen Mark jährlich, die ebenfalls dem Volksvermögen verloren gehen.

Und das Facit stellt sich umso ungünstiger, je mehr man den Dingen auf den Grund geht.

Nach dem dem Reichstage vorgelegten offiziellen Verzeichniß des Grundbesitzes, welchen das Reich durch Kauf, Tausch ꝛc. für militärische Zwecke erworben hat, — wobei aber die Grundstücke nicht einbegriffen sind, welche früher Eigenthum der Einzelstaaten waren, und durch das Gesetz vom 28. Mai 1873 an das Reich gefallen sind, ein Grundbesitz, der sehr viel größer und ganz ungleich werthvoller ist wie derjenige in dem vorliegenden Verzeichniß, dessen Zusammenstellung aber noch nicht beendigt ist (das bezügliche Aktenstück ist mittlerweile in der ersten Session 1877 dem Reichstag zugegangen), — besitzt das Reich, nach einer von dem Verfasser dieses gemachten Zusammenstellung 60,844,511 Q.-Meter Grund-Eigenthum. — In diesem Flächen-Inhalt sind u. A. enthalten das Areal der Festungen Mainz, Rastadt, Ulm, Alt-Breisach, Bitsch, Metz ꝛc., aber nicht das Areal der übrigen deutschen Festungen, das Areal der Kasernen, der militärischen Dienstgebäude, der meisten Exercier- und Schießplätze in den Hunderten von großen und kleineren Städten.

Nehmen wir an, daß die für militärische Zwecke aufgeführten 60,844,000 Q.-Meter durchschnittlich nur 6 Mk. pro Q.-Meter Werth haben, so stellt sich ein Kapitalwerth von 365,064,000 M. heraus, exclusive des Werthes der auf diesem Grund und Boden befindlichen Baulichkeiten und Gebäuden, deren Werth durch den

2

Blick muß ich Sie doch darauf werfen lassen, wie leicht, ja wie spielend leicht es wäre, diese hundert Millionen zu beschaffen, ohne daß der arme Bauer, wie die liberale Presse gesagt hat, einen Pfennig aus seiner Tasche dazu herzugeben brauchte. Ich werfe die Frage auf: worauf beruhen die Banken, welche Banknoten ausgeben? Worauf, sage ich, beruht das Profitable eines solchen Unternehmens? Auf nichts Anderem als auf Folgendem:

„Wenn eine Bank z. B. hundert Millionen in ihre Keller legt, so kann sie nun 400 Millionen in Banknoten ausgeben und dies beruht lediglich auf der Erfahrungsthatsache, daß nie mehr als ein Viertel der Banknoteninhaber sich gleichzeitig präsentiren, um ihre Zettel gegen baares Geld einzuwechseln. Auf diesem einfachen Grundsatz, auf dieser Erfahrungsthatsache beruhen sämmtliche Banken, die Banknoten ausgeben, in ganz Europa. Diese Thatsache ist ein soziales Faktum, eine in der Natur Aller liegende Thatsache. Keiner hat diese Thatsache gemacht, nicht Peter, noch Christoph, noch Wilhelm. Es ist ein soziales Elementargesetz, gerade so, wie es natürliche Elementargesetze giebt. Wer dieses Gesetz ausbeutet, der hat also im unterstellten Beispiel 300 Millionen zu seiner Benutzung, ohne daß sie ihm gehören, ohne aber auch, daß sie irgend ein Anderer entbehrt. Denn den Banknoteninhabern, den wirklichen Gläubigern dieses Instituts, vertreten die Banknoten denselben Dienst, den ihnen der Silberthaler geleistet hätte. Ueberdies, es ist noch einmal zu konstatiren: wer ist der Gläubiger dieser Bank? Ich, Sie, wir Alle, Jeder, der auf einen Monat lang einen Thaler in der Tasche hat, der in der nächsten Viertelstunde schon bei einem Andern ist.

„Ich sage also, wer diese soziale Thatsache ausbeutet, der hat zu seiner Benutzung im unterstellten Beispiel 300 Millionen, ohne daß er sie irgend einem Andern entzieht.

„Ist es nun nicht eine Sünde und Schande, daß man, wie gleichwohl heutzutage in den meisten Staaten der Fall ist, einzelnen Kapitalisten oder einzelnen Gesellschaften von Kapitalisten die Konzession ertheilt, dieses in der Natur Aller wurzelnde Faktum für ihren besonderen Vortheil auszubeuten? Was in der Natur Aller wurzelt und nur durch diese, durch keine individuelle That, hervorgebracht ist, — das dürfte doch auch wieder nur Allen, d. h. dem Staate, zu Gute kommen! Der Staat dürfte also nicht, wie es jetzt in so vielen Ländern der Fall ist, Privatgesellschaften konzessioniren, die Banknoten ausgeben. Es dürften auch nicht, wie in Preußen, gemischte Banken bestehen, sondern wenn Etwas, so ist dieses, gerade so wie die Münze, ein nothwendiges Staatsregal. Wir müßten also eine deutsche Staatsbank haben, eine Bank von Deutschland, — und dann, sehen Sie, meine Herren, dann hätte ja der Staat das Geld, das er für diese Assoziationen braucht, doppelt und dreifach, und ohne daß es dem „armen Bauer", wie die Berliner „Volkszeitung" gemeint hat, einen Pfennig kostete!"

Aus den obigen Ausführungen Lassalle's wird die „Demokratische Correspondenz" ersehen, daß auch die geringfügigen 100 Millionen eine ganz anständige Hülfe schon bieten, jedenfalls um der drückendsten Noth abzuhelfen. Hundert Millionen sind aber in Wirklichkeit eine

Lumperei für Deutschland. Der Krieg von 1866 hat nahe an vierhundert Millionen, dem Norddeutschen Bund sein Militärsystem seit drei Jahren über zweihundert Millionen Thaler gekostet. Das sind Ausgaben, die im Volksstaat nicht vorkommen. Noch andere Ausgabequellen würden verstopft, andere Einnahmequellen eröffnet. Die Civilisten und Apanagen gewisser hoher Personen, denke ich, werden im Volksstaat wohl wegfallen, das machte verschiedene Millionen jährlich. Das Besitzthum derselben Klasse wird Staatseigenthum, bringt abermals Millionen. Es wäre zu untersuchen, in wie weit Staatsschulden im Interesse der Gesammtheit gemacht worden sind. Man würde da wahrscheinlich die für unproduktive Zwecke oder im Interesse der priveligirten Klassen gemachten Schulden durch Diejenigeu tilgen lassen, welche sie ermöglicht haben — vielleicht noch einfacher — die ganze Schuld liquidiren (aufheben). Ebenso wird das Vermögen der Kirchen und Stiftungen einer Konfiskation zu unterwerfen sein.

Da es Grundsatz der Sozialisten ist, jedem Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit, aber auch nur den vollen Ertrag derselben zukommen zu lassen, so wäre zu untersuchen, inwieweit dies bei unsern höheren Beamten und Staatsstellen aller Art der Fall ist. Das Resultat wird wahrscheinlich sein, daß die Tausende von Gehalt, die sie beziehen, in keinem Verhältniß zu ihrer Leistung stehen, weßhalb der Abzug von oben und die Vertheilung unten ein leidliches Gleichgewicht herstellen dürfte. Da nach uns°rer Ansicht Eisenbahnen und Verkehrswege, Bergwerke und Minen, von denen die ersteren dem allgemeinen Verkehr, der Verbindung Aller mit Allen dienen und zu Gute kommen, und die letzteren die Urprodukte enthalten, welche in der Erde, dem gemeinsamen Eigenthum Aller, ruhen, Eigenthum der Gesellschaft, d. h. des Staates sein müssen, so hat der Staat selbst Gelegenheit, die gesellschaftliche Arbeit und Nutznießung ohne weitere Umstände einführen zu können. Eisenbahnen, Salinen, Minen und Bergwerke sind das nächste Gebiet, auf dem sich mit Leichtigkeit die kooperative Arbeit einführen läßt. Die Staatsdomänen, die durch die oben angedeuteten Maßregeln bedeutend ausgedehnt werden, sind das erste Feld für die ländliche Kooperation (Ackerbaugenossenschaft). Die Ersparungsmaßregeln auf der einen und das durch die demokratische Organisation auf der andern Seite gehobene Wohlbefinden des Staats schaffen im Ueberfluß die Mittel, um die immer massenweisere Organisation der Produktivgenossenschaften zu ermöglichen. In demselben Maße, wie diese sich ausdehnen, werden die Privatunternehmungen ganz von selbst aufhören. Alles Kapital der Priaatunternehmer wird diesen nichts nützen, weil einfach die Arbeiter fehlen, welche dasselbe durch ihre Produktionskraft vermehren. Die Privatunternhmer müssen schließlich freiwillig ihr Kapital für die allgemeine Produktion hergeben, da sie es anders nicht mehr verwenden können. Die durch die allmähliche Beseitigung der Privatunternehmungen frei gewordenen leitenden kaufmännischen Kräfte werden für die Genossenschaften disponibel, und um so lieber zugreifen, da sie am vollen Ertrag des Geschäfts im Verhältniß ihrer Leistung participiren.

„Die kaufmännische Ader,“ welche nach Ansicht der „Demokratischen Korrespondenz“ nur die Natur giebt, wäre also reichlichst vorhanden,

ganz abgesehen davon, daß die im Volksstaat im höchsten Grade entwickelte Volksbildung zweifellos so viel „kaufmännische Ader" entwickelt, daß der Bedarf reichlich gedeckt wird. Für die „Demokratische Correspondenz" dürfte sich, soweit sie gesellschaftlich nützliche Arbeit liefert, sehr gut auch die Gelegenheit bieten, eine Assoziation mit Drucker und Verleger zu organisiren, wo sie und Hunderte ihrer Leidensgefährten nicht als abhängige Existenzen den Arbeitslohn für ihre geistige Arbeit, sondern den vollen Arbeitsertrag erhalten. Daß das schriftstellerische Proletariat solche Staatshülfe recht gut brauchen könnte, wird die „Demokratische Correspondenz" nicht bestreiten.

An Mitteln fehlt's also wirklich nicht im „Volksstaat". Zur Noth kann der „Volksstaat" seinen Kredit gerade so gut in Anspruch nehmen wie der heutige reaktionäre Staat. Oesterreich hat glücklich eine Schuldenlast von 5000 Millionen Gulden zusammengebracht, und wahrhaftig nicht zum Besten des Volkes. Das zweite Empire (Kaiserreich) in Frankreich hat es bis auf 12,000 Millionen Francs gebracht: das sind Summen, mehr als hinreichend im „Volksstaat" die Neuorganisation der Gesellschaft durchzuführen.

Die Organisation der Produktivgenossenschaften ist also unendlich leichter, als es auf den ersten Blick scheint. Was die Organisation noch wesentlich erleichtert, ist die in der modernen Industrie bereits vorhandene Arbeitstheilung, der Maschinenbetrieb, das organische Ineinandergreifen hunderter und tausender der verschiedenartigsten Arbeitskräfte zur Hervorbringung bestimmter Produkte. Je mehr und je rascher die Produktion in die Großproduktion (Fabrik- und Maschinenbetrieb) übergeht, um so besser für uns, es erleichtert uns den Uebergang. Ist die Industrie aufs höchste entwickelt, um so geringer ist dann die Zahl der Privatunternehmer und Eigenthümer, um so größer die Zahl der Besitzlosen, der Arbeiter, die Expropriirung der Ersteren durch die Letzteren um so leichter. Im sozialen Staat ist also die moderne Produktionsweise, die Arbeitstheilung und der Maschinenbetrieb, nicht nur beizubehalten, sondern noch zu erweitern. Der Nutzen aber, der daraus entspringt, kommt nicht wie heute dem einzelnen Privatunternehmer, er kommt Allen zu Gute. Wird heute eine Maschine erfunden, welche die Arbeitskraft nur Eines Menschen erfordert, und in derselben Zeit wie früher das 5—10fache schafft, der Arbeiter hat keinen Vortheil davon. Die Maschine bedarf nur Aufsicht, erfordert oft nur geringe Kraft, so daß an Stelle des erwachsenen Arbeiters sehr häufig eine billigere Arbeitskraft, eine Frau oder ein Kind, gesetzt werden kann. Liefert die Maschine nun gar das Fünf- und Zehnfache an Produkten mehr, so ist die Folge, daß die früher beschäftigten Arbeiter brodlos werden und, da sie leben wollen, sich selbst Konkurrenz machen und den Lohn herabdrücken. So bringt jeder Fortschritt, jede neue Erfindung dem kapitalistischen Unternehmer Nutzen, dem Arbeiter Schaden. Das hört in der gesellschaftlichen Produktion auf. Die Vortheile verbesserter Produktion haben Alle, den Gewinn vermehrter Produktion genießen Alle. Mehr Genuß, weniger Arbeit. Aber arbeiten müssen Alle, Faullenzer giebt's nicht. Letztere werden im sozialistischen Staat dieselbe Rolle spielen, wie die Diebe im heutigen; allgemeine Verachtung ist ihr Loos.

Im heutigen Staat und der heutigen Gesellschaft ist's umgekehrt: wer am meisten faullenzt, weil er von der Arbeit Andrer sich mästet, ist am angesehensten; wer die Profitmacherei am besten los hat, wird bewundert, und der Mann, der vom frühesten Morgen bis in die späte Nacht oft mit Frau und Kind sich abrackern muß, verdient kaum so viel, um Tag für Tag das nackte Leben zu fristen. Es ist himmelschreiend.

Vergleichen wir nun das rührende Bild, das die „Demokratische Correspondenz" von dem Fabrikanten, von dem Kaufmann entwirft.

„Der geschäftliche Großbetrieb, sagt sie, erfordert doch wahrlich noch etwas Anderes, als blos den Kapitalisten und sein Kapital. Es heißt nicht nur menschlich ungerecht sein, wenn man die Fabrikanten so mir nichts dir nichts als große Herren hinstellt. Heutzutage wird Fabrikant Niemand zu seinem Pläsir, zum Zeitvertreib. Gelernt haben diese Männer doch auch das Ihrige. Weder die technische, noch die kaufmännische Seite ihres Geschäfts darf ihnen fremd sein. Thätig sein müssen sie auch. Einen Stand mit politischen Vorrechten bilden sie nicht u. s. w."

Es ist viel, sehr viel, was die „Demokratische Correspondenz" da ruhig sagt. Untersuchen wir. Der Großbetrieb brauche mehr als den bloßen Kapitalisten und sein Kapital. Nein, Verehrte, der Großbetrieb braucht nichts weiter, als Kapital. Der Kapitalist bekommt durch sein Kapital alles Uebrige, was er haben will und braucht: technische und kaufmännische Leitung, Arbeitskraft, Maschinen, Rohmaterial, Alles, Alles bekommt er für Kapital und er hat, wenn er will, nichts weiter zu thun, als die Bücher zu prüfen und den Profit — und oft was für einen Profit! — einzustreichen. Gewiß eine kleine Arbeit und eine große Belohnung. Daß alle Fabrikanten nicht „große" Herren sind, weiß ich recht gut. Namentlich haben die kleinen rechte Nöthen, die Konkurrenz zu bestehen und sich zu halten. Das liegt in der Natur der heutigen Produktionsverhältnisse, wo die Konkurrenz das A und O der bürgerlichen Entwicklung auf dem Weltmarkt nothwendig sein muß, weil planlos in den Tag hinein produzirt wird, kein Mensch eine Ahnung des wirklichen Bedürfnisses hat und eine in Folge dessen in einem Produktionszweig hervorgerufene Ueberproduktion das Produkt entwerthet, den Kleinen, der den Schlag nicht aushalten kann, ruinirt und dadurch auch in den anderen Produktionszweigen seine schlimme Rückwirkung ausübt.

Ich muß aber auch hier ein für alle Mal bemerken, daß unser Kampf nicht gegen den einzelnen Fabrikanten oder Kapitalisten, sondern gegen die ganze Klasse gerichtet ist. Der einzelne Fabrikant steht den heutigen Verhältnissen gerade so ohnmächtig gegenüber, wie der einzelne Arbeiter. Er muß sich den Gesetzen des Weltmarktes und der Produktion fügen, oder er geht zu Grunde; womit nicht gesagt sein soll, daß der einzelne Fabrikant nicht viel zur Milderung des Mißverhältnisses zwischen sich und seinen Arbeitern thun kann. So weit er dies nicht nur nicht thut, sondern wohl gar noch seine vortheilhafte ökonomische Stellung zu größerem Druck und größerer Ausbeutung benutzt, ist auch der Einzelne unser Feind und wird rücksichtslos bekämpft.

„Heutzutage (aber wohl früher? Anmerkung des Verfassers) wird

Niemand Fabrikant zu seinem Pläsir oder Zeitvertreib," behauptet die „Demokratische Correspondenz". Ei, was hindert denn den Fabrikanten, Lohnarbeiter oder Kleinhandwerker zu sein? Nichts! Es muß also doch ein besonderes Vergnügen sein, Fabrikant zu werden, sonst wären so viele Menschen nicht so erpicht darauf! Die durchschnittliche Lebensdauer der Fabrikanten und Kaufleute ist viel höher, als die Lebensdauer der arbeitenden Klasse. Die meist runden wohlgenährten Gesichter wie der kräftige Körperbau zeichnen sich ebenfalls sehr vortheilhaft aus vor den meist mageren, oft hohläugigen Gestalten der Arbeiter. Lange Lebensdauer und gute Genährtheit sind aber die sprechendsten Zeichen von *geringer Sorge* und *gutem Leben*. Es muß also da doch wohl *keine Last* sein, Fabrikant zu sein. Die „Demokratische Correspondenz" täuscht sich folglich auch hier.

„Gelernt haben diese Männer doch auch das Ihrige," fährt sie fort.

Nun, was man so lernen heißt. Ich habe schon oben gezeigt, wie wenig Wissen Jemand braucht, wenn er *Kapitalist* ist. Hinge Kapitalist zu sein vom *Wissen*, von der *Bildung* ab, dann müßten artige Veränderungen in der Welt vorgehen. Gar mancher Kapitalist würde zum Arbeiter degradirt und viele der ihm Untergeordneten könnten seine Kapitalistenstellung einnehmen. Die edelsten und größten Geister der Nation hätten Kapitalisten sein müssen; die „Demokratische Correspondenz" weiß noch viel besser als ich, daß sie das gerade Gegentheil in fast allen Fällen waren und sind.

„Die technische und die kaufmännische Seite des Geschäfts darf ihnen nicht fremd sein", meint die „Demokratische Correspondenz". Die Worte „nicht fremd sein" charakterisiren den Ausspruch, ich habe nicht nöthig, ihn weiter zu kritisiren. „Thätig sein müssen sie auch." O, und wie! die Wein- und Frühstücksstuben und die Bäder und Vergnügungstouren geben die Antwort hierauf. „Einen Stand mit politischen Vorrechten bilden sie nicht." Wirklich nicht? und das schreibt ein „demokratisches" Blatt. Weiß die „Demokratische Correspondenz" wirklich nichts von dem Klassenwahlsystem in Preußen und Baden, dem Censussystem in Sachsen, dem indirekten Wahlsystem in Bayern, der Diätenentziehung für Reichstag und Zollparlament? Ei, wem kommt denn das Alles zu Gute, etwa dem Arbeiter? Und selbst da, wo Alles dies beseitigt ist, schafft der Kapitalist nicht schon durch das Kapital sich Vorrechte, hat er nicht den abhängigen Arbeiter, ist nicht die *Presse* in seiner Hand, womit die öffentliche Meinung *gemacht*, ja wohl, *gemacht* wird? Sind nicht die höheren Bildungsanstalten für seine Klasse da? Und dann Steuer-, Militär-, Rechtssystem — gewähren die keine Vortheile dem Kapitalisten? Wer das verneint, der muß blind sein.

Die „Demokratische Correspondenz" ist fürwahr kühn, sehr kühn in ihren Behauptungen. Und durch das, was sie dann ferner über die Stellung des Kapitalisten zum Staat früher und jetzt sagt, beweist sie damit nicht gerade, was sie widerlegen will? Sie giebt vollständig zu, was ich schon oben ausgeführt, daß die Kapitalistenklasse durch den *Staatsschutz* und die *Staatshilfe* groß geworden, jetzt aber, nachdem sie groß gezogen und auf eignen Füßen stehen kann, drängt

sie ihren früheren Erzieher und Beschützer, den Staat, mehr und mehr bei Seite.

Wie wenig aber die Person des Kapitalisten, also seine geistigen und körperlichen Fähigkeiten, beitragen, sein Kapital zu vermehren, das beweisen schlagend unsere Aktiengesellschaften. Ein Beispiel aus der Heimath der „Demokratischen Correspondenz" wird ihr das am besten beweisen. In Eßlingen besteht eine große Maschinenfabrik, in der circa 1500 Arbeiter beschäftigt werden. Die Fabrik ist Aktienunternehmen, d. h. eine Anzahl Kapitalisten haben sich vereinigt, eine bestimmte Summe Kapital zusammengeschossen und damit Arbeitsräume, Werkzeuge, Arbeitskraft, technische und kaufmännische Leitung gekauft. Am Ende des Jahres macht die Fabrik ihren Geschäftsabschluß und es stellt sich heraus, daß die angewandte geistige und physische Arbeitskraft so viel Mehrwerth erzeugt hat, daß nach Deckung aller Unkosten jeder Aktionär auf eine 100 Gulden-Aktie 8 Gulden Dividende erhält. Innerhalb $12^1/_2$ Jahren also hat sich das Kapital des Aktionärs, ohne eine andere Arbeit von Seiten seines Besitzers als die, welche ihm das Einsacken der Dividende verursacht, nicht nur ersetzt, er erhält sogar, wenn er seine Aktie dann verkauft, statt der früher eingezahlten 100 fl. vielleicht 150 oder 160 fl., hat also noch „Extra-Entbehrungslohn" von 50—60 fl. über den Kapitalbetrag. Wenn die ganzen Aktionäre Dummköpfe sind, kein einziger etwas von der technischen oder kaufmännischen Leitung versteht, wird doch der Profit derselbe sein. Keiner hat ja mitgearbeitet, Keiner eine Faser seines kostbaren Hirns geopfert, und doch ist der Profit da. Die technische und kaufmännische Leitung aber ist, wie jede andere Arbeitskraft, nach ihrem Marktwerth gekauft, d. h. bezahlt worden.

Die „Demokratische Korrespondenz" sieht also, wie äußerst angenehm es ist, Kapitalist zu sein und daß das Arbeitervolk alle Ursache hat, rebellisch zu werden, da alles Kapital nur angesammelter fremder Arbeitsertrag ist.

Hierbei muß ich einen andern Irrthum der „Demokratischen Korrespondenz" in der Auffassung meines Vortrags widerlegen. Meinen Ausspruch: an Stelle des Arbeitslohnes müsse der Arbeitsertrag treten, verwechselt sie mit: Antheil am Geschäft. Das ist ein himmelweiter Unterschied. Beim vollen Arbeitsertrag des Arbeiters ist ein einzelner Geschäftsinhaber unmöglich, Jeder nimmt gleichen Theil am Geschäft nach dem Maßstab seiner Leistung. Beim „Antheil am Geschäft" aber muß ich einen Geschäftsinhaber, Fabrikanten oder Kaufmann voraussetzen, der einen Theil des Reingewinns, und zwar einen ihm beliebigen Theil, dem Arbeiter abgiebt. Das ist, wie die „Demokratische Korrespondenz" ganz richtig bemerkt, ein „freies Kontraktsverhältniß", ohne Dazwischenkunft des Staats, und ich glaube recht gern, daß die Bourgeoisie diesen „Antheil am Geschäft" sehr bereitwillig einführen wird, wenn ihr die Regulirung der Produktionsverhältnisse durch den verhaßten Staat auf den Hals zu rücken drohte. Aber zu solchen Kontrakten gehören Zwei und die Arbeiter wären Narren, wenn sie mit einem Gnadenbrocken fürlieb nähmen, wo sie das Ganze bekommen können, wenn sie, statt selbst Unternehmer und Gleichberechtigte zu werden, es vorziehen sollten, im Abhängigkeitsverhältniß zu bleiben

und mit dem theilweisen Ertrag ihrer Arbeit sich zufrieden zu geben. Die Bourgeoisie würde bei diesem „Antheil" am Geschäft nicht einmal schlechter fahren, sie würde im Gegentheil nur profitiren, und da die Gescheidteren das bereits begriffen haben, so ist die neu ausgegebene Losung: „Antheil am Geschäft für die Arbeiter" — Einführung des „Partnership-Systems" wie man es in England nennt.

Sehen wir dem Ding einmal etwas näher auf den Grund.

Ich setze den Fall, eine beliebige Fabrik werfe 20 Prozent Reingewinn ab. Der Fabrikant erbietet sich 25 Prozent des Reinertrags seinen Arbeitern abzutreten und nach Verhältniß des Lohnes zu vertheilen. Der Arbeitslohn für 50 Arbeiter soll das Jahr über 10,000 Thlr. betragen haben, auf ebensoviel belaufe sich der Reingewinn. Da der Fabrikant ein Viertel hergeben will, so würden 2500 Thlr. unter die Arbeiter vertheilt werden. Es erhielte also jeder Arbeiter zu seinem Lohn von ca. 200 Thlr. noch 50 Thlr., also 250 Thlr. Der Fabrikant hätte 2500 Thlr. weniger, jeder Arbeiter 50 Thlr. mehr. Das wäre nicht übel, wenn die Verhältnisse in der alten Art blieben. Das ist aber nicht der Fall. Die Arbeiter, weil sie 25 Prozent vom Reinertrag des Geschäfts bekommen, arbeiten nun weit fleißiger, weil sie den Betrag der 25 Prozent möglichst groß machen wollen. Sie begreifen, daß Verschleuderung des Rohmaterials, Licht, Oel 2c. Geld kosten und bedeutend erspart wird, wenn sie vorsichtig damit umgehen. Noch mehr: der Eifer, den die Arbeiter in Folge der Aussicht auf Gewinn an den Tag legen, ohne äußeren Zwang, setzt den Fabrikanten in die Lage, einen Werkführer zur Aufsicht weniger zu halten, es werden also abermals ein paar hundert Thaler erspart. Durch alle diese Umstände kommt es dahin, daß der Gewinn, statt 10,000 Thlr., das nächste Jahr 15,000 Thlr. beträgt. Da die Arbeiter $^1/_4$ bekommen sollen, erhalten sie 3750 Thlr. zusammen, jeder Einzelne, statt 50 Thlr. jetzt $60^1/_2$ Thlr.; er hat, wohlgemerkt, fleißiger gearbeitet, mit dem Rohmaterial gespart u. s. w. Der Fabrikant aber erhält statt $7^1/_2$ Tausend des vorhergehenden Jahres 11,250 Thlr., d. h. noch 1250 Thlr. mehr als er hatte, ehe er die Geschäftsantheile einführte. Er hat diese 1250 Thlr. profitirt mit weniger Arbeit und wenig oder keinem Aerger. Auf wessen Vortheil läuft also das ganze Partnership-System hinaus? Wesentlich auf Vortheil der Fabrikanten. Da aber neben dem Partnershipsystem das Lohnsystem und die Gesetze, die es reguliren, nicht aufhören, so wäre die weitere Folge, daß die Lohnsätze mehr und mehr sänken und sehr bald der alte Zustand für die Arbeiter wieder hergestellt würde, während die Kapitalisten bedeutend reicher geworden wären. Das ganze Partnership-System wäre bald offen vor aller Welt, was es für den tiefer Blickenden heute schon ist, ein — Schwindel, ein Palliativmittel wie so viele andere, und würde nie und nimmer die Klassengegensätze ausgleichen. Weg damit! Der volle Arbeitsertrag bleibt unsere Losung, die Organisation der genossenschaftlichen Arbeit durch die ganze Gesellschaft unser Feldgeschrei.

Der „Demokratischen Correspondenz" macht die „Vertheilung" des Arbeitsertrages Kopfschmerzen, sie thut, als wären wir noch in so kindlichen Zuständen, daß ohne Eingriffe einer „höheren Gewalt", und

sei es auch nur die eines Fabrikanten, sich das gar nicht machen ließe. Ich versichere der „Demokratischen Korrespondenz“, daß die Vertheilung uns den geringsten Kummer macht, wenn wir nur erst zu vertheilen haben. Die höhere Leistung wird selbstverständlich höher entschädigt, aber nur für die Leistung entschädigt. Wer mehr bekommt, kann mehr verbrauchen, aber das Schwelgen wird aufhören, die Armuth und das Darben aber auch. Sparen mag auch Jeder, so viel er Lust hat, aber sein Erspartes ist kein „Kapital“, er findet Niemand, den er exploitiren (ausbeuten) kann, durch den er sein Erspartes vermehren kann, ohne — persönliche Arbeit. Auch ist es erstaunlich, welche Fragen die „Demokratische Korrespondenz“ über die innere Einrichtung der Genossenschaften stellt! Sie, die sonst scharf genug Diejenigen niederdonnert, welche etwa zweifeln, daß das Volk im Stande sei, seine eignen Angelegenheiten im Staat zu ordnen — sie thut, als wenn das Volk aus lauter Kindern bestände, unfähig, eine Genossenschaft einzurichten und zu leiten. Die einfachste Produktivgenossenschaft auch unter den heutigen Zuständen, ja jeder Konsumverein, jeder Kreditverein sollte ihr schlagend beweisen, daß die Arbeiter allerdings im Stande sind, ihre Organisationen zu schaffen, und daß sie es doppelt im Stande sind in einem Staat, in dem allgemeine Bildung auf's höchste zu pflegen eine der Hauptaufgaben sein wird.

Da die genossenschaftliche Produktion eine „staatlich vorgeschriebene Nothwendigkeit“ werden soll — um mit der „Demokratischen Korrespondenz“ zu reden — so wird sie auch einsehen, daß die Leute mit der von „Natur angelegten kaufmännischen Ader“, wenn sie nicht verhungern wollen, mit eintreten müssen. Ich denke, mit so viel „Intelligenz“ wird sich der rechte Weg leicht finden lassen, wenn er, was meine Ueberzeugung ist, sich nicht schon ganz von selbst aus den neuen Verhältnissen ergeben sollte.

Nachdem ich dargethan, daß nur die genossenschaftliche Produktion, eingeführt durch die ganze Gesellschaft, das Ziel und einzige Ziel sein kann, fallen die Fragen der „Demokratischen Korrespondenz“: „Welchen Antheil der Arbeiter an dem Risiko unglücklicher Konjunkturen haben soll“, ganz von selbst. Sie setzt bei all diesen Fragen ein Verhältniß von Arbeitern und Arbeitgebern voraus, welches dann gar nicht mehr existirt.

Das gefürchtete Risiko, Glück und Unglück der Konjunkturen, wird in einer richtig organisirten Gesellschaft ganz oder so gut wie ganz verschwinden, da diese Uebelstände nur in einer Gesellschaft existiren können, wo planlos produzirt wird, das Profitmachen gerade wesentlich davon abhängt, daß Einer den Andern tüchtig über's Ohr haut. In einer planmäßig geleiteten Produktion wird es durch statistische Erhebungen leicht sein, den Bedarf an Artikeln festzustellen und dadurch wird die Ueberproduktion, die Quelle aller Geschäftsstockungen, aufhören; es wird das um so leichter sein, da eigentliche Luxusartikel, die heute nur eine kleine Minorität kaufen und genießen kann, verschwinden, dagegen aber die Zahl der wirklich nützlichen Bedürfnißgegenstände erhöht und vermehrt werden wird. Diese planmäßige Leitung der Produktion wird noch dadurch erleichtert werden, daß dieselben Maßregeln, welche bei uns durchzuführen sind, in andern

Kulturstaaten gleichfalls zur Geltung gebracht werden müssen. In einem internationalen Gesellschaftsrath, oder wie man diese Behörde sonst nennen wollte, liefe das ganze Material, das in den einzelnen Staaten gesammelt würde, zusammen. Eine solche Behörde würde vielleicht insgesammt so viel kosten, als heute ein paar unserer gänzlich unnützen Gesandtschaften erheischen, der Nutzen stände aber im umgekehrten Verhältniß zu ihren Kosten. Wie sehr die Arbeiter die Nothwendigkeit einer solchen Organisation begriffen haben, beweist die Existenz der „Internationalen Arbeiter-Assoziation", die, jetzt allerdings als Kriegsmittel organisirt, in sich selbst das heilende Friedensmittel birgt.

In welcher Art die Vertheilung der Staatsmittel stattfinden soll, möchte die „Demokratische Correspondenz" noch wissen. Zunächst über die Summen zu bestimmen, ist Sache der Volksvertretung, resp. des Volkes selbst, das darüber sein Votum abzugeben hat. Die Vertheilung der Mittel für die einzelnen Zweige der Produktion hätte doch nur so lange stattzufinden, als auf Beschäftigung harrende Menschenkraft vorhanden ist. Die Genossenschaften, einmal organisirt, ergänzen sich selbst durch die nachwachsenden Generationen. Inwiefern durch Produktion neue Bedürfnisse zu befriedigen sind, darüber entscheidet die Gesammtheit. Die demokratischste Einrichtung von der Welt würde also bestehen.

Auf die so oft gehörte Frage, wie in einem Staat, wo das Kooperativsystem verwirklicht ist, Berufsarten unterkommen sollen, bei denen ein genossenschaftliches Zusammenwirken nicht möglich ist, z. B. bei Aerzten, Gelehrten u. s. w., erwidere ich, daß diese, als im Dienste der Gesammtheit wirkend, auf Kosten der Gesammtheit erhalten werden müssen. Hingegen Existenzen, welche, ohne Nutzen für das Ganze, auf Kosten der Gesammtheit existiren wollen, wie wir deren heute nicht wenige haben, als Diebe und Verbrecher am Gemeinwohl zu behandeln sind.

Bei der allmäligen Umwandlung der kapitalistischen Produktion in die genossenschaftliche kämen diejenigen Arbeitsbranchen zunächst an die Reihe, die am meisten leiden und so der Reihe nach die andern. Für die eigentliche geschäftliche Organisation werden die heute erst in den Windeln liegenden Gewerksgenossenschaften das prachtvollste Mittel abgeben. Die Beamtenmaschinerie zur Beförderung des Volkswohlstandes würde bei weitem nicht so stark sein, wie die zur Unterdrückung jeder freiheitlichen Regung, die wir heute haben und erhalten müssen; ihre Erhaltung, durch das erhöhte Wohlbefinden Aller, eine ungleich leichtere sein. Die Waffe gegen Uebergriffe der Behörden hat das Volk in sich selbst, es ist souverain; die Beamten sind seine Beauftragten, nicht seine Herren.

Die „Demokratische Correspondenz" wird hieraus ersehen, daß in der Wirklichkeit, wenn erst einmal der Wille des Volkes zu dieser Reorganisation da ist, sich alles Andere verhältnißmäßig leicht ergiebt. Daß Fehler dabei gemacht werden können, das will ich nicht bestreiten; wo sind diese nicht gemacht worden? Heutzutage werden sie wahrhaftig nicht am wenigsten gemacht. Daß man unsern Vorschlägen nicht bessere gegenüberstellen kann, will ich ebenfalls nicht behaupten, wer

bessere weiß — heraus damit! So lange aber nicht bessere gemacht werden, halten wir die unseren für die besten, das wird uns Niemand verdenken. Unsere Vorschläge — und das giebt uns die Ueberzeugung daß sie gut sind — sind nicht willkürlich aufgebaut, sie sind das natürliche Ergebniß der Prüfung der bestehenden Verhältnisse, sie haben also eine sehr reale Grundlage.

Die „Demokratische Korrespondenz", die sich in 3 langen Leitartikeln ehrlich Mühe gegeben, unsern Vorschlag als unmöglich darzuthun, hätte doch endlich selbst einen Vorschlag machen sollen. Was sie als solchen zu Tage förbert, ist so kläglich, daß man wohl in den Ausruf ausbrechen darf: Der kreisende Berg gebar eine — Maus.

„Die Staatshilfe einer andern Vorbildung und Ausbildung" verlangt die „Demokratische Korrespondenz", aber auch wieder mit der Einschränkung, „soweit sie überhaupt thunlich ist". Nun, ich habe bereits in diesem Artikel an einer andern Stelle auf den Einfluß und die Stellung, welche die Bildung unter den heutigen ökonomischen Verhältnissen hat, hingewiesen; ich will nur noch eine Frage an die „Demokratische Correspondenz" richten. Von zwei Knaben, die geboren werden, lächelt dem einen bereits in der Wiege ein sicheres väterliches Vermögen von 25,000 Thlrn. entgegen, dem andern Nichts. Der reiche bleibt, wenn er erwachsen ist, trotz aller auf ihn angewandten Mühe — was man so nennt — ein Dummkopf, der andere ist ein gescheidter, aufgeweckter Kerl. Welcher hat nun nach Ansicht der „Demokratischen Korrespondenz" die meiste Aussicht, ich will sagen, Hunderttausendthalermann zu werden? Ich bitte um Antwort, aber ohne Umschweife.

Die „Demokratische Correspondenz", welche ihre Artikel mit der Erklärung begann, daß sie ein ihr ganz fremdes Gebiet, tastend und suchend betrete, verfällt im Laufe derselben in eine Kritik unserer Vorschläge, die einem echten Manchestermann, einem Schulze-Delitzsch oder Faucher alle Ehre machten, und der „Stuttgarter Beobachter" druckt die Artikel an bevorzugter Stelle ab, jedenfalls als Zeichen seines vollen Einverständnisses. Man hat den genannten Blättern in der letzten Zeit von Seiten ihrer Gegner häufig sozialistische und — lächerlich genug — sogar kommunistische Anwandlungen vorgeworfen. Die Gegner werden sich mit Beschämung eingestehen müssen, wie bitter unrecht sie gethan. Was die „Demokratische Correspondenz" jetzt zu Markt gebracht und der „Stuttgarter Beobachter" gläubig nachgedruckt, konnte jedes national-liberale Blatt mit gutem Gewissen aufnehmen. Hr. Dr. Eduard Pfeiffer in Stuttgart wäre sogar weiter gegaugen.

Ich könnte nun meine Entgegnung schließen, ich bin aber der „Demokratischen Korrespondenz" noch eine Antwort schuldig. Diese betrifft unsere Stellung zur Grund- und Bodenfrage, zur Lage des bäuerlichen Proletariats.

Daß es ein solches giebt, hat die „Demokratische Correspondenz" selbst zugegeben. Daß dessen Lage eine oft noch schlimmere ist, wie die des industriellen Proletariats, das kennt und schildert sie so vortrefflich, daß ich es vorziehe, ihre eignen Worte statt der meinen zu gebrauchen. Sie sagt:

„Die ländlichen Arbeiter bleiben, soweit wir den Erörterungen auf Kongressen und in den Tagesblättern gefolgt sind, von vorn herein außer Frage. Und doch ist die Forderung der Selbstständigkeit für sie mit demselben Rechte zu stellen wie für die städtischen Arbeiter, und ebenso ist andrerseits die Forderung der Staatshülfe an die ländliche Bevölkerung, die auch ihr Theil wird beitragen müssen, wenn's anders Staatshülfe sein soll, schlechterdings nicht zu stellen noch zu verant- worten, wenn der Ertrag ausschließlich dem zu Gute kommen sol was jetzt ausschließlich „Arbeiter" heißt. Soll der Staat dafür sorgen daß es in den Städten keine „Sklaven" — das ist nicht unse Ausdruck! — mehr giebt, so hat er gleicher Weise die Pflicht, auf de Lande die „Knechte" zu beseitigen. Unter dieser Bezeichnung fassen die Taglöhner, Heuerlinge und sonstige Hintersassen zusammen, d neben dem reicheren Bauer wahrlich oft eben so traurig dran sind wie der städtische Arbeiter neben dem Fabrikherrn, und die vor alle Dingen, falls sie sich nicht von der Scholle losreißen, forterbend vo Geschlecht zu Geschlecht an diese traurige Lage gebannt sind, währ die Bauern in der besseren Lage neben oder über ihnen aushar von Geschlecht zu Geschlecht und nicht, wie die Fabrikherren oft gen wechseln.

„Daß diese Frage des ländlichen Proletariats existirt, wird die Unkenntniß läugnen. Daß sie, wenn einmal die Arbeiterfrage Form der Staatshülfe offiziell zur legislatorischen Erörterung Entscheidung kommt, rasch genug sich herandrängen wird und in grad freundlicher Gestalt, ist so zweifellos, wie, daß sie bisher sich n so geltend gemacht hat, erklärlich ist. Die soziale Frage ist zuerst stellt von Gelehrten und Denkern, denen die ländlichen Verhältn ferner lagen; sie ist aufgenommen von städtischen Arbeitern, die städtischer Luft geistig unabhängiger, im Zusammenleben mit den dich gedrängten Arbeitermassen kühner und selbstbewußter auftraten; wird jetzt geführt von den Leitern und Angehörigen der Arbeiterkr die Beschäftigung und Interesse zusammengeführt und die allerdi mit der Noth und den Nöthen, die ihnen zunächst liegen, hinläng zu schaffen haben, um die Arbeiterfrage, wie sie sich ihnen aufdrä nicht auch noch auf die zu erweitern, deren Lage sie wenig kennen u deren zusammenhangslose Existenz sie bisher noch nicht zu weithin s baren und fühlbaren Korporationen hat gelangen lassen. Aber erkl lich wie das Alles ist, wir wiederholen: die Frage der Staatsh schließt die ländlichen Arbeiter ein, und wer jene loyal behandeln w hat dieser zu gedenken."

Gegen den ersten Satz muß ich allerdings Verwahrung einleg Die Frage der Lage des ländlichen Proletariats ist erörtert worde ich erinnere an Basel! Sie ist dort sehr ernst, vielleicht zu ernst er örtert worden. Wir werden darüber weiter sprechen.

Es passirt nun freilich der „Demokratischen Correspondenz", da sie das ländliche Proletariat genau in dem beschränktem Sinn auffa wie das industrielle. Wie der Kleinhandwerker in seiner meist küm lichen Existenz für sie immer noch als „Meister", als „Selbstständig so eine Art „Unternehmer" gilt, dessen Lage nichts zu wünschen üb lasse, ebenso sieht sie im ländlichen Proletariat nur den Taglöhne

Heuerling und Hintersassen, — letztere sind ihr aus Preußen zweifel-os genau bekannt — mit ihrem ganzen Jammer und ihrer ganzen Noth.

Den kleinen Bauer, wie er in Mittel- und Süddeutschland meist eine elende Existenz hinlebt, rechnet sie nicht hinzu, obgleich diese Klasse im wesentlichen auf derselben Stufe, wie die vorhin erwähnten Kate-orien steht, und durch den Großgrundbesitz, ähnlich wie der Klein-ewerbetreibende durch den Großindustriellen, mehr und mehr herab-edrückt wird, bis schließlich Räumung seines Ackerlandes und Eintritt ls Taglöhner bei dem Großgrundbesitzer oder Eintritt in die Fabrik ls Lohnarbeiter ihn auf der untersten Stufe unserer sozialen Stufen-iter ankommen läßt.

Wie kommt das? Bei uns in Deutschland, wenigstens in den meisten Gegenden, ist nicht wie in England die Vererbung und damit die Zersplitterung des Grund und Bodens gehindert. In den meisten eutschen Ländern hat man die Beschränkungen des Erbrechts und Theilkaufs aufgehoben; in Sachsen, wo in dieser Beziehung noch eine Beschränkung in Bezug auf den Theilkauf oder Verkauf herrscht, hat ie zweite Kammer kürzlich den Versuch gemacht, diese Beschränkungen u beseitigen. Die Folge solcher Einrichtungen ist, daß der Grund und Boden in sehr viele Stücke zersplittert wird. Jeder möchte sein bischen Eigenthum haben, auf dem er das zur Befriedigung seiner Bedürfnisse Nothwendigste erbauen kann. Das geht aber nur bis zu ner gewissen Grenze. Wird das einzelne Besitzthum immer kleiner, ann reicht es schließlich nicht mehr aus, den Besitzer zu ernähren. Dieser will sich aber nicht blos die nöthigsten Bodenerzeugnisse ver-haffen, sondern es soll aus dem Ertrage noch ein Ueberschuß erzielt erden, den er verkaufen, mit dem er seine Steuern, etwa die Zinsen ner kleinen Schuld, Kleidung und sonstige Bedürfnisse befriedigen nn. Da ein wesentlicher Hebel für reichlicheren Ertrag des Bodens ne ordentliche Düngung ist, so muß er auch den nöthigen Dünger schaffen. Um Vieh zu halten reicht sein Feld nicht, den Dünger zu ufen fehlen ihm die Mittel, die natürliche Folge ist Verminderung s Ertrags. Der kleine Mann ist in Verzweiflung, er sieht sich nach ülfe um. Da erscheint wie ein rettender Engel ein schlauer Unter-hmer. Dieser hat bemerkt, daß das arme Volk in größter Noth lebt, sieht, daß die Bestellung des Aeckerchens ihm viel Zeit übrig läßt, ls Mann mit einer „natürlichen kaufmännischen Ader" hat er schnell rechnet, daß er diese freie Zeit gegen schlechten Lohn gut ausnützen inne.

Er errichtet irgend eine Manufaktur (Leinweberei, Baumwollen-eberei, Strumpfwirkerei u. dgl.). Das arme Volk greift zu, es be-chnet, wenn es neben dem Ertrag des Aeckerchens noch Einiges durch ohnarbeit verdiene, es seine Existenz schon fristen könne. Ein Hunde-ohn wird ihm geboten. Allein auch dieser sinkt sehr bald, erstens weil die Zahl der Arbeiter immer größer wird und sie sich Konkurrenz machen, zweitens, weil der Unternehmer erklärt, er könne für dasselbe Stück den alten Lohn nicht mehr zahlen, indem die Konkurrenz der Maschinerie ihn zwinge, seine Waare billiger zu verkaufen. Der kleine Bauer rechnet, daß er bei dem geringen Lohn nur mehr herausschlagen

könne, wenn er länger arbeite; wenn er aber länger arbeiten will, bleibt ihm keine Zeit, den Acker zu bestellen. Er verkauft ihn, natürlich für geringen Preis. An wen? An einen größeren Besitzer, an einen Kapitalisten. Der hat gefunden, daß wenn die kleinen Bauern aufhören müssen mit dem Ackern und industrielle Arbeiter werden, sie doch leben müssen. Er findet in den ehemaligen kleinen Bauern, jetzt industriellen Arbeitern, seine nächsten und besten Kunden. Er kauft ein Stückchen Land nach dem andern, so weit er kaufen kann. Mit jedem Kauf hört ein kleiner Bauer auf, ein Konkurrent verschwindet, ein Konsument für ihn entsteht. Da er einen anständigen Länderkomplex hat, begreift er, daß diesen durch Tagelöhner zu bebauen ihm zu theuer kommt, er macht's daher wie der Industrielle: er legt sich Maschinen zu. Ein tüchtiger, mit den nöthigen technischen Kenntnissen versehener Verwalter ist auch zur Hand. So betreibt er den Ackerbau im Großen rationell nach jeder Richtung und erhält einen verhältnißmäßig weit höheren Ertrag als die früheren Besitzer mit aller Noth und Mühe herausschinden konnten. Indeß, er möchte den Ertrag auch verkaufen, und zwar gut verkaufen, mit möglichst viel Profit verkaufen. Die expropriirten früheren Eigenthümer müssen zwar von ihm ihren Bedarf an Feldfrüchten entnehmen, allein wenn er ein weiteres Absatzgebiet hätte, könnte er die Preise höher stellen. Ist eine Eisenbahn in der Nähe, dann ist geholfen, er schafft seine Erträgnisse fort nach der nächsten Stadt, den großen Centren der Industrie und des Handels oder gar nach fremden Ländern. Billiger wird dadurch der Preis der Bodenprodukte für die eigene heimathliche Bevölkerung natürlich nicht. Hat er und seine Mitgenossen keine Bahn, die ihre Produkte fortschafft und ihnen sie höher verwerthen hilft, ist auch kein Unternehmer oder ein Konsortium derselben dazu bereit, eine solche zu bauen, weil sie zu wenig rentirt, dann wendet er sich mit seinen Kumpanen an den Staat. Die Wichtigkeit der Gegend für Handel und Verkehr wird in den rosigsten Farben geschildert, darauf hingewiesen, daß man da und dort auch schon eine Bahn aus Staatsmitteln gebaut, sie rentire zwar nicht, aber was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig. Der Minister überlegt sich, daß er die Bahn aus seinen Mitteln ja nicht baue, daß es aber für die Regierung, d. h. für ihn von Nutzen sei, die Stimme des Abgeordneten in dem betreffenden Kreise, der vielleicht gar der oben geschilderte Grundbesitzer selbst ist, zu bekommen; daß bei der schwankenden Majorität in der Kammer dies aber für ihn wichtig sei. Gedacht, gethan! Das Projekt wird entworfen und der Kammer vorgelegt. Einzelne, namentlich die Vertreter der schon auf eigne Füße gestellten Städte und größere Industriebezirke weigern sich und mäkeln, allein es sind schon so Viele in der Kammer, denen der Minister auf ähnliche Weise geholfen, die also ein sehr erklärliches Gefühl der Dankbarkeit gegen ihn haben, andere, die in ähnlicher Weise hoffen, geholfen zu bekommen und ihre Dankbarkeit schon im Voraus zu erkennen geben wollen, daß diese mit einigen in die Kammer glücklich hineingebrachten Bureaukraten und großen Geldmännern, die schon wissen wofür sie es thun, dem Projekt die Majorität sichern. Die Bahn wird gebaut und damit bricht für unsern Großgrundbesitzer eine neue Aera an. Bisher hat er wesentlich nur Körner- und

Hülsenfrüchte gebaut und verkauft. Er rechnet aber und findet, daß es weit praktischer und profitlicher sei, wenn er einen Theil des Ackerlandes noch in Wiesenbau- und Futterkräuter-Kultur umwandle und sich mehr auf die Viehzucht lege.

Er findet, daß ihm dies weniger Mühe macht, weniger Betriebsmittel kostet und doch höheren Nutzen abwirft.

Er hat bisher zwar auch Viehstand gehabt; aber da er der mangelnden Verbindung wegen das Vieh nicht nach auswärts verkaufen konnte, die in der Gegend wohnende Bevölkerung, so weit sie als Konsument nicht nur, sondern auch als Käufer auftritt, nicht in Betracht kam, weil das arme Volk zu wenig Fleisch essen, d. h. nicht bezahlen kann, so hat er diese Seite der Wirthschaft wenig betrieben, höchstens nur insoweit, als sie ihm Dünger zu seinen Aeckern lieferte, und die Abfälle in der Wirthschaft nützlich verbrauchen half. Jetzt ist das anders geworden. Er hat die Bahn, er kann sein Vieh für gute Preise anbringen, ergo ist die Viehzucht seine Hauptstärke. Schafe, Schweine und Rindvieh werden gezüchtet, da neben dem Fleisch Wolle, Borsten und Häute in guten Preisen stehen und für die Industrie stark gebraucht werden. Mit dem stets wachsenden Reichthum, den er durch diesen Handel einschluckt, wird sein Trieb nach noch mehr Besitz natürlich erhöht.

Die kleinen Schlucker sind nach und nach verschwunden, jetzt nehmen die Stelle der früheren Kleinen die ehemaligen Mittelleute ein. Sie haben zwar etwas mehr Land, sie können es aber den neuen Anforderungen gemäß nicht bewirthschaften und es wirft deshalb weniger ab. An Maschinen, wie sie der große Nachbar hat, dürfen sie nicht denken, erstens weil sie viel Geld kosten und sie wenig haben, zweitens weil sie die Maschinen auf ihrem kleinen Besitz nicht ausnützen können. Davon also müssen sie absehen. Sie wollen indeß wenigstens verbesserte Düngereinrichtungen und dergleichen schaffen, um einigermaßen wenigstens etwas mehr aus ihrem Besitzthum herauszuschlagen. Solche Einrichtungen kosten baar Geld, das haben sie aber nicht, sie borgen dieses also. Da aber die Industrie riesenhafte Summen beständig absorbirt, die Aktien-Unternehmungen dem Kapitalisten einen Profit noch über den Zins meist einbringen, der Staat endlich für Militär und andere Zwecke unausgesetzt pumpt, und um Geld zu bekommen, die günstigsten Bedingungen auf Kosten des Volks stellt, so wird das Geld theuer. Der Bauer muß hohe Prozente zahlen, weit höhere, als sie sein Besitzthum abwirft; er muß sich überarbeiten, um seinen höheren Zins zahlen zu können. Ist sein Feld so groß, daß er noch fremder Hilfe bedarf, um es bewirthschaften zu können, so muß er die Arbeitskraft verhältnißmäßig theuer bezahlen. So niedrig der Lohn auch steht in der Industrie, für ihn, den kleinen Ackerbürger, ist er hoch; die Lebensmittel aber, die er nach landesüblicher Sitte geben muß, fallen für ihn um so höher in's Gewicht, als er sie ohne fremde Arbeitskraft verkaufen und somit höher verwerthen könnte.

So führt unser früher sich leidlich fühlender Bauer eine ärmliche Existenz, arbeiten muß er vom frühen Morgen bis zum späten Abend; und tritt nun gar der Fall ein, daß ihm sein kleines Capital gekündigt wird, durch eine Mißernte der erhoffte Ertrag ausbleibt, dann ist er ruinirt. Sein Gütchen muß er verkaufen, oder es wird subhastirt. Für

den landhungrigen, großen Nachbar ist der Moment gekommen, wo er seinen Appetit stillen kann — bis ein neues Opfer sich darbietet. Die meisten unserer ländlichen Auswanderer gehören der eben geschilderten Klasse an. Sie sehen ein, daß sie auf die Länge sich vor dem Untergang nicht retten könneu, da verkaufen sie ihr Bischen Habe, zahlen ihre Schulden, mit dem Rest suchen sie eine neue Heimath, was für die meisten freilich ein Wandern aus dem Regen unter die Traufe ist.

Daß unsere politischen Zustände: hohe Steuerlast, Militärwesen ꝛc. sehr wesentlich die Lage des kleinen Bauern wie die Lage des Volks überh aupt verschlimmern, liegt auf der Hand.

Tritt der Fall ein, daß ein solches kleines Gut durch Erbschaft noch mehr zerstückelt wird, dann wird dei Untergang noch beschleunigt. Wollte man es aber durch Zwangsgesetze zusammenhalten, so würde auch das nichts helfen: der Uebernehmer des Guts müßte die übrigen Erben durch Geld abfinden, er bekäme eine Schuldenlast an den Hals, die ihn nur um so schneller ruinirte.

Wir sehen also, wie den Bauernstand dieselben Ursachen zu Grunde richten, welche die Existenz des Kleinbürgers vernichten.

Sollen wir den Bauern untergehen lassen? Er ist ein Mensch so gut wie andere, er hat das Recht auf Existenz so gut wie der Größte und Reichste, und er hat das Recht so gut wie wir, von der Gesellschaft zu verlangen, daß Einrichtungen, die er nicht geschaffen, an denen er nicht Schuld, die ihm aber seine Existenz kosten, beseitigt, und solche geschaffen werden, die ihm und jedem Nothleidenden eine menschenwürdige Existenz, mit andern Worten: die Theilnahme an den Gütern dieser Erde sichern, die reichlich genug sind, um Jeden glücklich und zufrieden zu machen.

Wir wollen auf Erden glücklich sein
Und wollen nicht mehr darben,
Verschlemmen soll nicht der faule Bauch,
Was fleißige Hände erwarben.
Es wächst hienieden Brod genug
Für alle Menschenkinder,
Auch Rosen und Myrthen, Schönheit und Lust
Und Zuckererbsen nicht minder.
Ja, Zuckererbsen für Jedermann,
Sobald die Schoten platzen!
Den Himmel überlassen wir
Den Engeln und den Spatzen. —

Sind aber unsere kleinen Bauern und Tagelöhner durch dieselben Ursachen wie der industrielle Proletarier in ihre heutige Lage gekommen, dann ergiebt sich von selbst, daß auch der Weg zur Hebung ihrer Lage derselbe sein muß. Ich habe schon bei Behandlung der Lage der industriellen Arbeiter angedeutet, wie der Staat mit seinen Domänen und den ihm durch Konfiskation oder Expropriation etwa zufallenden Fideikommissen, Kirchengütern, Schatullgütern u. s. w. in der Lage sei, die bäuerliche Assoziation (Agrikulturgenossenschaft) für Bebauung des Grund und Bodens einzurichten. Diese hätten natürlich in derselben Weise wie der heutige große Grundbesitz mit Maschinen ꝛc. den Boden zu bearbeiten und den Ertrag unter sich zu theilen nach Maßgabe der Leistung.

Weiter müßte der Staat gesetzlich die Zusammenschlagung der kleinen Güter und deren gemeinsame Bebauung anordnen. Die Großgrundbesitzer würden entweder durch Entziehung der Arbeitskräfte in Folge der angedeuteten Maßregeln ganz von selbst genöthigt werden, ihre Güter an den Staat zu gesellschaftlicher Bewirthschaftung abzutreten, oder der Staat müßte dieselben expropriiren (des Eigenthums entledigen). Das Recht der Expropriation hat sich auch der heutige Staat gewahrt. Gilt es eine Chaussee, eine Eisenbahn anzulegen, dann hat er das Recht, gegen den Willen des Besitzers das betreffende Grundstück nach Abschätzung seines Werthes und Auszahlung desselben, zu expropriiren. Der heutige Staat thut dies im „Interesse der Gesammtheit", wie er sagt, oft genug geschieht es indeß im „Interesse weniger Besitzenden". Die Expropriation durch den Volksstaat geschähe aber zweifellos im Interesse und mit Zustimmung der ungeheuren Volksmehrheit, hätte also ihre volle Berechtigung in sich.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die hier angeführten Maßregeln die einzig möglichen für die Hebung der Nothlage der bäuerlichen Bevölkerung sind. Sie sind zugleich, weil auf weit einfacheren Verhältnissen beruhend, leichter durchzuführen, als die genossenschaftliche Organisation des industriellen Theils der Gesellschaft. Ueber die Organisation dieser ländlichen Genossenschaften, ob dieselben nach Gemeinden organisirt oder innerhalb der einzelnen Gemeinden in mehrere Genossenschaften zu theilen wären, über Größe des Grundbesitzes und so weiter hätte die Gesetzgebung zu bestimmen. Die für eine solche Organisation nothwendige Fachbildung hätte hier eben so gut wie bei den industriellen Organisationen der Staat in entsprechenden Lehranstalten, die allen Betheiligten zugänglich sein müssen, zu gewähren.

Was hat denn nun der so arg angefochtene Baseler Kongreß in dieser Frage beschlossen?

„Der Kongreß erklärt, daß die Gesellschaft das Recht besitzt, das Privateigenthum an Grund und Boden abzuschaffen und in gemeinsames Eigenthum umzuwandeln;

„Er erklärt ferner, daß diese Umwandlung eine Nothwendigkeit ist".

Dieser Beschluß hat große Sensation erregt, Viele erschreckt. Sehr erklärlich. Einen Beschluß über eine Frage fassen, die bisher für weitere Kreise noch gar nicht erörtert wurde, als eine „brennende" Frage für manche Länder nicht einmal gelten kann, und diesen Beschluß in schroffer Form ohne alle und jede Motivirung in die Welt hinaussenden, mußte diese Wirkung haben.

Hätte der Kongreß, statt des citirten Wortlauts, den Antrag des Generalraths, wie er von Eccarius gestellt wurde, der einfache Bestätigung des Brüsseler Beschlusses verlangte, angenommen: die Beschlußfassung wäre mit größerer Seelenruhe hingenommen worden. Die Menschen sind einmal so; giebt man ihnen die in ihren vorurtheilsvollen Augen schlimmste Sache in angenehmer Form zum Besten, sie verziehen höchstens die Miene, würgen aber im Uebrigen den Bissen hinunter. Giebt man ihnen aber die Speise grobkörnig zugerichtet, versalzen gar mit einer Ohrfeige, dann bäumen sie sich auf und sind entrüstet über das, was man ihnen zumuthet.

Wie lautet nun der Eccarius'sche Antrag?

„In Erwägung, daß die Erforderniſſe der Produktion und die Anwendung der bekannten Geſetze der Agronomie (Landbaukunde) den Großackerbau erheiſchen und die Einführung von Maſchinenarbeit und die Organiſation ländlicher Arbeitskraft nothwendig machen, und daß im Allgemeinen die moderne ökonomiſche Entwickelung dem Großackerbau zuſtrebt;

„In Erwägung, daß demgemäß die ländliche (Ackerbau-) Arbeit und das Landeigenthum auf denſelben Fuß geſetzt werden muß, wie die Bergwerke (die ein früherer Beſchluß für Gemeinde-Eigenthum erklärt);

„In Erwägung, daß die produktiven Eigenſchaften des Bodens das Urmaterial aller Produkte bilden, die Urquelle aller Produktionsmittel und aller brauchbaren Dinge, die keine Arbeit erheiſchen;

„Iſt der Kongreß der Meinung, daß die ökonomiſche Entwickelung der modernen Geſellſchaft es zu einer geſellſchaftlichen Nothwendigkeit machen wird, das Ackerland in gemeinſchaftliches geſellſchaftliches Eigenthum zu verwandeln und den Boden von Staatswegen an Ackerbaugeſellſchaften (Genoſſenſchaften) zu verpachten, unter ähnlichen Bedingungen wie die Bergwerke und Eiſenbahnen."

Das iſt der Sache nach genau daſſelbe, wie der auf dem Baſeler Kongreß angenommene Antrag, er iſt nur in der Form anders, ſagt warum es ſo ſein ſoll und wie es ſein ſoll; das leuchtet denn auch den weniger Eingeweihten ein.

Ueber die Art, wie der Beſchluß ausgeführt werden ſoll, hat ſich der Kongreß vorläufig nicht ausgeſprochen; es liegt aber auf der Hand, daß die Ausführung ſich nach den jeweiligen Verhältniſſen der einzelnen Länder zu richten hat. In England liegen die Dinge anders als in Frankreich, in Frankreich anders als in Deutſchland. In der Sache ſind die Dinge überall die gleichen; die Maſſe, ſie leidet in England wie in Frankreich, in Belgien wie in Deutſchland Noth. Die Formen, durch welche die Noth drückt, ſind nach dem ſpezifiſchen, hiſtoriſchen Entwickelungsgange der einzelnen Länder verſchieden, und dieſen verſchiedenen beſtehenden Formen gemäß hat auch die Form der Aenderung ſich anzupaſſen. Eine Expropriation der geſammten Grundeigenthümer in England mit einem Federzug würde mit verhältnißmäßiger Leichtigkeit gegenüber einem ähnlichen Vorgehen in Deutſchland möglich ſein. In England beſtehen, durch einen hiſtoriſchen Entwickelungsgang, den hier weiter auszuführen mich zu weit führen würde, nicht viel über 35,000 Grundeigenthümer. 35,000 Beſitzer, die Familie zu 4 Köpfen berechnet, 140,000 Menſchen ſind es, die den Grund und Boden eines Landes im Beſitz haben und deſſen Ertrag genießen, auf dem 30 Millionen Menſchen leben. Das Land iſt bewirthſchaftet mit den vervollkommnetſten Einrichtungen durch große Pächter, die eine leidliche Mittelſtufe einnehmen; die ganze übrige bäuerliche Bevölkerung befindet ſich in der grauenhafteſten Lage.

Gewaltthätigkeiten und Verbrechen, wie ſie die engliſche Geſchichte — ich erinnere an die Behandlung von Irland, an die gewaltthätige Ausbeutung der Kolonien — vielfach aufweiſt, haben die ländliche Bevölkerung auf eine entſetzliche Stufe moraliſcher und phyſiſcher Verkommenheit gebracht. Eine gewaltſame Expropriation dieſer Landlords wäre eine

Sühne für die Menschheit, ein Akt, der sich zwar an Umfang dem der französischen Revolution von 1789 nicht an die Seite stellen könnte, an innerer Berechtigung ihm mindestens gleich stände.

Anders als in England liegen die Dinge in Frankreich. In Frankreich hat die durch die Revolution von 1789 an die Herrschaft gelangte Bourgeoisie das Expropriationsgeschäft an adeligen und geistlichen Gütern im großartigsten Maßstab ins Werk gesetzt. Der gesammte Grund und Boden wurde theils gratis, theils zu wahren Schleuderpreisen an die Bauern, die früheren Leibeigenen und Hörigen des Adels und der Geistlichkeit, vertheilt. Durch die Gesetzgebung wurde zugleich die Assimilirung (Zusammenlegung) größerer Grundbesitze verhütet. Die Herrschaft des Feudaladels und der Geistlichkeit hatte der Bourgeoisie einen so heilsamen Schrecken und Abscheu eingeflößt, daß sie die Wiederkehr ähnlicher Zustände auf jede Art zu verhindern suchte. Während in England also eine sehr kleine Zahl von Großgrundbesitzern herrscht, giebt es in Frankreich umgekehrt eine sehr große Zahl kleiner Eigenthümer. Diese leiden aber in ihrer Vereinzelung wesentlich an demselben Gebrechen, wie der kleine Bauer bei uns. In welcher Lage sich der Bauernstand in Frankreich befindet, das wird am besten bewiesen durch den Ausspruch einer offiziellen Person, den ich der Schrift von Freund Eccarius „Eines Arbeiters Widerlegung der national-ökonomischen Lehren John Stuart Mill's" entnehme. Herr de Veance sagte 1866 in der französischen Deputirtenkammer: „Nach dem Census von 1851 betrugen die Hypothekenschulden, welche auf dem Grundbesitz lasteten, zehntausend Millionen Francs. Die Sache hat sich seitdem bedeutend verschlimmert, aber alle Versuche, die Regierung zu bewegen, die Berichte von 1861 zu veröffentlichen, sind bisher gescheitert. Viele, die ihre Güter gern verkaufen möchten, können keine Käufer finden. Werden dagegen größere Güter, hauptsächlich in der Nachbarschaft von Städten, in kleine Stückchen vertheilt, so wird jedes zu einem hohen Preise verkauft. Um einen kleinen Streifen Land zu kaufen, borgen die Leute häufig doppelt so viel, als sie selbst besitzen, in der Absicht, die Schuld nach und nach abzuzahlen. Diese Verkäufe im Kleinen führen zu neuen Hypotheken. Von den 7,846,000 Grundbesitzern in Frankreich ist nicht weniger als 3,600,000 von den Gemeinderäthen attestirt worden, daß sie sich in einem solchen Zustande der Dürftigkeit befinden, daß sie keine persönlichen Steuern bezahlen können". Diese Zahlen sprechen Bände. — Lassalle giebt an, daß nach einer statistischen Aufstellung (1861) in Frankreich 346000 ländliche Wohnungen gar keine Fenster, sondern nur eine Thür hatten; 1,817,838 ländliche Wohnungen nur ein Fenster und eine Thür hatten. Das sind 2,163,828 Wohnungen mit circa 10 Millionen Menschen, die sich im höchsten Elend befinden. Und doch ist Frankreich uns um 50 Jahre in der „Freiheit der Arbeit" voraus, steigt ja auch dort der „Nationalreichthum" von Jahr zu Jahr!

Die Lösung der Frage in Frankreich müßte also ganz ähnlich wie in Deutschland, wo wir weder das englische noch französische Grundbesitzsystem, sondern ein gemischtes System haben, in Angriff genommen werden.

Die französischen Deputirten enthielten sich in Basel der Abstimmung aus zwei Gründen. Erstens war ein Theil nicht dem Gesellschaftseigen-

thum, sondern dem Individualismus, wie ihn Proudhon gelehrt, der allen Besitz, beweglichen und unbeweglichen, zerschlagen und Einzelexistenzen zugewiesen haben will, zugeneigt; andern Theils fürchteten die Franzosen, die Bauern durch diesen Beschluß zu erschrecken und sie in das reaktionäre Fahrwasser zu treiben, was bei einer bevorstehenden revolutionären Bewegung in Frankreich von sehr nachtheiligem Einfluß sein könnte.

Und dieser letztere Umstand ist es auch, der die Frage für Deutschland vorsichtig anzufassen erheischt. Der Bauer ist in seinen Ansichten sehr befangen, in seinen Eigenthumsbegriffen verbohrt. Abgeschlossen vom großen regen Verkehr, in seiner Vereinzelung dahinlebend, treten neue Ideen selten an ihn heran, zugänglich ist er ihnen noch weit schwerer. Wenig lesend und jedenfalls nicht das, was er sollte, ohne lebendigen Ideenaustausch, der nur durch dichtes Zusammenleben befördert wird, dabei durch den früher auf ihm lastenden Druck im höchsten Grade mißtrauisch gemacht, ist er ganz der Mensch, der mit Leichtigkeit gegen eine Idee, wie die oben ausgeführte, feindselig fanatisirt werden könnte. Eine genossenschaftliche Bebauung des Grund und Bodens ist unsern Bauern ein böhmisches Dorf. Unter solchen Umständen zu operiren, ist allerdings keine leichte Sache. Und doch ist es nothwendig, soll der Bauernstand nicht von einer vom industriellen Proletariat ausgehenden Bewegung überrascht, kopfscheu und dadurch zu ihrem Gegner aufgestachelt werden, — daß auch er in die Bewegung hineingezogen, daß auch ihm nicht allein eine neue Idee (denn für die allein schlägt er sich nicht), sondern auch sein eigenes Interesse klar gemacht, und aus einem Gegner ein Bundesgenosse gewonnen wird. Ueber das „Wie?" läßt sich streiten und viel sprechen, und es wird gut sein, wenn Jeder, der den Weg zu haben denkt, ihn vorschlägt.

Nothwendig ist, daß wir, die industrielle Arbeiterklasse, uns zunächst vollständig klar werden über die Agrikulturfrage. Sind wir dies, dann müssen wir, so oft wir Gelegenheit haben in Versammlungen bäuerliche Elemente zu sehen, zu diesen über ihre eigenen Verhältnisse sprechen. Die Städte müssen die Agitation hinaustragen in die nächsten Dörfer und so den Anfang machen.

Doch ich komme von der eigentlichen Sache ab. Ich wollte nur die Stellung, die wir meines Erachtens zu den Agrikulturarbeiten einnehmen müssen, darlegen. Ich habe dies, glaube ich, hinlänglich gethan. In der Sache haben wir mit den Baseler Beschlüssen, in einfacher Konsequenz unserer Stellung in der Frage der Besserstellung des industriellen Proletariats uns einverstanden zu erklären. Die Form hat eine andere, unseren Verhältnissen angepaßte zu sein.

„Da haben wir ja die Bescheerung!" höre ich die „Demokratische Correspondenz" rufen; „da kommt der „kommunistische" Pferdefuß zum Vorschein. Vor ein paar Monaten nimmt man in Eisenach ein Programm an und jetzt tritt man es mit Füßen." Gemach! gemach!

Wie lautet denn das Eisenacher Programm? Das ganze abzudrucken ist nicht nöthig. Im Punkt II Alinea 3 heißt es:

„Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form und es erstrebt deshalb die sozial-demokratische

Partei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter."

Das ist genau das, was ich oben durchgeführt. Kann mir Jemand einen andern Weg, ein anderes Mittel für die Befreiung des Arbeiters in seiner ökonomischen Abhängigkeit vom Kapitalisten angeben: heraus damit, ich bin begierig, es zu hören. Weiß Jemand in anderer Form „den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter" zu erzielen: er trete auf; wir werden seine Vorschläge mit Spannung anhören und sie prüfen.

Kommt aber die „Demokratische Correspondenz" und sagt, das Eisenacher Programm sei also ihr unbewußt ein „kommunistisches", das habe man zum Glück noch nicht anerkannt; dann antworte ich, daß Satz 3 des Eisenacher Programms conform ist dem § 2 des Nürnberger Programms, welcher lautet:

„Die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit von dem Monopolisten (dem ausschließlichen Besitzer) der Arbeitswerkzeuge bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und der politischen Abhängigkeit."

Hier ist also klar und scharf ausgesprochen, daß der ausschließliche Besitz der Arbeitsinstrumente in den Händen Einzelner aufhören müsse, wenn der Arbeiter frei werden soll. Ob diese Arbeitsinstrumente in Maschinen und Werkzeugen und sonstigem Material, oder in Grund und Boden bestehen, ist gleich.

Der Wortlaut des Punkt II Alinea 3 des Eisenacher Programms und der Sinn des § 2 II des Nürnberger Programms stimmen also genau überein.

Zwei Wege giebt es nur, unser Ziel zu erreichen. Der eine ist, nach Herstellung des demokratischen Staates die allmälige Verdrängung der Privatunternehmer durch die Gesetzgebung. Dieser Weg würde eingeschlagen werden, wenn die betheiligten Kreise, gegen welche die sozialistische Bewegung gerichtet ist, bei Zeiten zur Einsicht gelangten und auf dem Wege des Kompromisses ihren Untergang als exploitirende Klasse und ihren Uebergang als Gleiche in die Gesammtheit zu bewerkstelligen suchten. Der andere entschieden kürzere, aber auch gewaltthätigere Weg wäre die gewaltsame Expropriation, die Beseitigung der Privatunternehmer mit Einem Schlage, einerlei durch welche Mittel. Darnach hängt also der Ausgang der Krise von der Kapitalistenklasse selbst ab, der Charakter der Krise wird bestimmt durch die Art, wie sie die in ihren Händen befindlichen Machtmittel anwendet. Läßt sie es auf die physische Gewalt ankommen — auf wessen Seite bei diesem Messen der physischen Kräfte endlich der Sieg fallen wird, darüber ist kein Zweifel. Die Masse ist auf der Seite des arbeitenden Volkes, das sittliche Recht auch. Nur die nöthige Einsicht in die Masse gebracht und der Kampf ist entschieden.

Man entsetze sich nur nicht über diese mögliche Anwendung der Gewalt, zetere nicht über Unterdrückung berechtigter Existenzen, gewaltsame Expropriation und dergleichen. Die Geschichte lehrt, daß zu allen Zeiten die neuen Ideen in der Regel erst durch gewaltsamen Kampf ihrer Vertreter mit den Vertretern der Vergangenheit zur Geltung gelangten und daß dann die Kämpfer für die neuen Ideen die Vertreter der Ver-

gangenheit so tödtlich als möglich zu treffen suchten. Ich erinnere wiederholt an 1789, bis zu einem gewissen Grad an 1830 bezüglich Frankreichs; an 1848 für Deutschland, wo das Bürgerthum den Kampf ebenfalls aufnahm, aber durch den Mangel an revolutionärer Energie am deutlichsten seine geistige Impotenz (Ohnmacht) als *Klasse* darthat, auf halbem Wege stehen blieb und durch das Schiboleth des Konstitutionalismus mit den Resten des Feudalismus und dem Königthum Frieden schloß. Wären die Arbeiter damals in ihrer Zahl die von heute gewesen, der politische Kampf wäre entschieden, für den sozialen wäre die Bahn frei.

So sehen wir also in den verschiedenen Geschichtsperioden, wie die *Gewalt* ihre Rolle spielt, und nicht mit Unrecht ruft da wohl Karl *Marx* aus, in seinem Buch „Das Kapital", wo er den Entwickelungsgang der kapitalistischen Produktion schildert: „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie ist selbst eine ökonomische Potenz."

Ich empfehle der „Demokratischen Correspondenz" das eben angezogene Werk zum Studium, nicht minder empfehle ich ihr die Schriften desselben Verfassers, als: „Zur Kritik der politischen Oekonomie", erschienen bei F. Duncker in Berlin 1859, „Der 18. Brumaire des Louis Napoleon Bonaparte", erschienen 1852, 2. Auflage 1870; ferner „Die Lage der arbeitenden Klassen in England" von Friedrich Engels, Leipzig 1844, die bereits zitirte Schrift von Eccarius und die Schriften des so viel verketzerten Lassalle, dem ich einstmals auch bitter Unrecht gethan.

Die „Demokratische Correspondenz" hat selber eingestanden, daß sie die Frage nicht verstehe; nun, sie weiß aus eigner Erfahrung auf andern Gebieten, daß man weit besser über eine Sache urtheilen kann, wenn man sie *kennt*. Die oben zitirten Schriften liefern dafür das beste Material, noch mehr Quellen finden sich in denselben angezogen. — Ich bin zu Ende.

Eins aber drängt sich nach dieser Polemik mir unwillkürlich auf, das ich nicht verschweigen kann. Wenn ein Blatt, wie die „Demokratische Correspondenz", das in gewissem Sinne als *leitendes* Blatt der Volkspartei dasteht, aus dem viele Parteigenossen erst ihr sozial-politisches Wissen schöpfen, sein Nicht-Wissen in einer Frage offen bekennt, welche die *brennendste* Frage der Welt ist: wie muß es da um das Wissen und Urtheil der Masse der Parteimitglieder bestellt sein? Ja, es sind Viele, die Herr! Herr! sagen, aber nicht wissen, was sie wollen.

